

99. Sitzung

am Dienstag, dem 21. Juli 1981,
in München

| | |
|--|------------|
| Geschäftliches | 6455, 6483 |
| Hochwasserkatastrophe in Teilen Ober- und Niederbayerns | 6455 |
| 48. Geburtstag des Abg. Schnell | 6455 |
| Begrüßung ehem. Abgeordneter des Bayer. Landtags | 6456 |
| Aktuelle Stunde gem. § 78 Abs. 1 GeschO auf Antrag der Fraktion der CSU zum Thema: Die Situation des Bundesfernstraßenbaues in Bayern nach der Ablehnung der bayerischen Vorschläge zum Dritten Fünfjahresplan durch den Bundesverkehrsminister | |
| Dr. Huber Herbert (CSU) | 6456 |
| Naumann (SPD) | 6457 |
| Großer (FDP) | 6457 |
| Staatsminister Tandler | 6458, 6468 |
| Seitz (CSU) | 6459 |
| Wolf (SPD) | 6460 |
| Sieber (FDP) | 6461 |
| Niedermayer (CSU) | 6462 |
| List (SPD) | 6462 |
| Maurer (CSU) | 6462 |
| von Truchseß (SPD) | 6463 |
| Grünbeck (FDP) | 6464 |
| Staatssekretär Dr. von Waldenfels | 6465 |
| Zeitler (CSU) | 6466 |
| Stenglein (SPD) | 6467 |
| Müller Willi (CSU) | 6468 |

Neuwahl und Wiederwahl von berufsrichterlichen Mitgliedern

| | |
|------------------------------------|------|
| Erklärung gem. § 141 Abs. 1 GeschO | |
| Hiersemann (SPD) | 6470 |
| Beschluß | 6470 |

Antrag der Abg. Lang u. Frakt., Dr. Rothmund u. Frakt. u. Jaeger u. Frakt. betr. Gesetz zur **Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Bayerischen Landtags** (Bayerisches Abgeordnetengesetz) – Drs. 8796 –

| | |
|------------------|------|
| – Erste Lesung – | |
| Beschluß | 6470 |

Haushalt für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für **Arbeit und Sozialordnung** für die **Haushaltsjahre 1981/82** (Epl. 10)

Bericht des Haushaltsausschusses (Drs. 8728)

| | |
|------------------------------|------|
| Zenz (CSU), Berichterstatter | 6470 |
| Staatsminister Dr. Pirkl | 6471 |

Nächste Sitzung 6483

Beginn der Sitzung: 15 Uhr 02 Minuten

Präsident Dr. Heubl: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 99. Vollsitzung des Bayerischen Landtags.

Hörfunk und Fernsehen des Bayerischen Rundfunks sowie das ZDF haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Sie wurde, Ihre Zustimmung vorausgesetzt, erteilt.

Meine Damen, meine Herren! Das **Alpenvorland**, insbesondere die Städte Wasserburg und Passau, sind von schweren **Hochwassern** heimgesucht worden. Einen höheren Stand des Hochwassers hat man in Passau seit 1954 und in Wasserburg seit 1899 nicht mehr erlebt. Wie ich soeben über Pressemeldungen erfahren habe, sind leider auch mehrere Tote zu beklagen.

(Die Anwesenden erheben sich)

Ihren Angehörigen gilt unser besonderes Mitgefühl. In unermüdlichem Einsatz haben Helfer zahlreicher Organisationen und Verbände, die Feuerwehren, das Technische Hilfswerk, das Bayerische Rote Kreuz, Polizei und Bundeswehr Zivilisten evakuiert, Häuser geräumt, Barrieren gegen die Flut errichtet. Beherzt haben die Bürger selbst das Schlimmste zu verhüten versucht. Ihnen allen gilt heute der Dank der Volksvertretung. In diesen Dank schließe ich auch die umsichtigen kommunalen Verwaltungen ein ebenso wie die Staatsverwaltung.

Unser besonderes Verständnis gilt jenen Mitbürgern, die durch das Hochwasser unmittelbaren Schaden erleiden. Wir hoffen, daß ihnen und den betroffenen Gemeinden tatkräftig, unbürokratisch und schnell geholfen werden kann, den entstandenen materiellen Schaden wiedergutzumachen.

Sie haben sich zum Zeichen der Trauer für die Opfer von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung darf ich im Namen des Hohen Hauses eine Gratulation aussprechen. Herr Kollege Heinrich **Schnell** hat heute seinen 48. Geburtstag.

(Beifall)

Ich gratuliere ihm herzlich und wünsche ihm alles Gute für die Zukunft.

S. 6455

(Präsident Dr. Heubl)

Meine Damen, meine Herren! Eine ganz besondere Freude ist mir, daß ich ehemalige Abgeordnete des Bayerischen Landtags so zahlreich in der Diplomatengasse begrüßen darf.

(Beifall)

Ich freue mich, daß sie unseren Beratungen heute folgen. Wir wissen um ihre Verbundenheit mit den Aufgaben, mit den Ereignissen des Bayerischen Landtags, und die Einladung an sie heute soll auch unsererseits die Gemeinsamkeit mit ihnen nachhaltig unterstreichen und unseren Dank für die Arbeit in der Vergangenheit wieder zum Ausdruck bringen.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Darf ich noch eine Bitte der CSU-Fraktion vortragen. Die Fraktion möchte gern um 18 Uhr eine Fraktionssitzung abhalten. Sie sind damit einverstanden, daß wir zu diesem Zeitpunkt unsere Beratungen unterbrechen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 1:

Aktuelle Stunde gemäß § 78 der Geschäftsordnung

Mit Schreiben vom 15. Juli 1981 hat die Fraktion der CSU eine Aktuelle Stunde beantragt zum Thema:

Die Situation des Bundesfernstraßenbaues in Bayern nach der Ablehnung der bayerischen Vorschläge zum Dritten Fünfjahresplan durch den Bundesverkehrsminister.

Mit Schreiben vom 15. Juli 1981 habe ich gemäß § 78 Absatz 1 der Geschäftsordnung die Fraktionen unterrichtet. Die Dauer der Aussprache ist, wie Sie wissen, eine Stunde; die Einzelredner dürfen nicht länger als 5 Minuten sprechen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie auf mein Signal achten würden.

Als erster hat das Wort der Herr Kollege Dr. Herbert Huber.

Dr. Huber Herbert (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns in diesem Hohen Haus wiederholt mit den Problemen des Bundesfernstraßenbaues befaßt. Im April dieses Jahres hat Herr Innenminister Tandler vor den Ausschüssen für Wirtschaft und Verkehr, für Grenzlandfragen und für Landesentwicklung und Umweltfragen den bayerischen Entwurf für den Dritten Fünfjahresplan dargestellt. Die Aussprache zeigte eine weitgehende Zustimmung. Dieser im Mai dem Bundesverkehrsminister vorgelegte Entwurf beruht unter anderem auf der Voraussetzung, daß der Weiterbau der A 7 Würzburg-Ulm als internationale Nord-Süd-Verbindung ab 1982 im Wege einer Sonderfinanzierung erfolgt. Gerade diese Forderung wurde durch einstimmige Beschlüsse des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr vom 25. Juni dieses Jahres nachdrücklich unterstützt.

Anlaß für die heutige Aktuelle Stunde ist für die CSU-Fraktion die Tatsache, daß der Herr Bundesverkehrsminister den bayerischen Programmwurf zurückgewiesen und insbesondere die Sonderfinanzierung der A 7 abgelehnt hat. Ferner wurde eine Aufteilung der Dringlichkeitsstufe I in

die Baustufen Ia und Ib sowie die Einhaltung der von Bonn vorgegebenen, der bayerischen Situation allerdings nicht gerecht werdenden Auswahlkriterien gefordert.

Dies, meine Damen und Herren, kann von uns so nicht hingenommen werden.

(Beifall bei der CSU)

Der von Bayern übersandte Programmwurf stellt aufgrund des vom Bund vorgegebenen extrem knappen Finanzrahmens ohnehin nur ein Minimalprogramm dar, mit dem im nächsten Jahrzehnt bestenfalls 40 bis 45 Prozent der in Dringlichkeitsstufe I ausgewiesenen Vorhaben gebaut werden könnten. Eine weitere Kürzung um den Vorwegbetrag für die A 7 würde bedeuten, daß die Bauarbeiten an der A 7 eingestellt oder andere gleichfalls besonders dringliche Vorhaben noch mehr verzögert werden müßten. Auch die geforderte Aufteilung in die Baustufen Ia und Ib ist – im übrigen übereinstimmend mit vielen anderen Bundesländern – abzulehnen. Nachdem es Bayern gelungen ist, die wichtigsten Maßnahmen in die Dringlichkeitsstufe I aufzunehmen, würde eine derartige Aufteilung unter anderem bedeuten, daß über die Hälfte dieser Maßnahmen bereits wieder als nachrangig abgestuft würden.

Die vom Bundesverkehrsminister geäußerte Meinung, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß der Bundesfernstraßenneubau in der Bundesrepublik weitgehend abgeschlossen sei, das Verkehrswegenetz, abgesehen von einigen Ergänzungen und Verbesserungen, bereits komplett sei, mag für große Teile der Bundesrepublik Deutschland gelten, für Bayern gilt dies mit Sicherheit nicht.

(Zustimmung bei der CSU)

Eine Reihe dringlicher Maßnahmen steht noch an, insbesondere die notwendige Erschließung peripherer und strukturschwacher Räume in unserem Land.

Aus diesem Grunde kann auch den von Bonn vorgegebenen Auswahlkriterien, vor allem, daß Erneuerung vor Neubau gehen sollte, aus bayerischer Sicht nicht gefolgt werden. Bayern hat noch einen erheblichen Nachholbedarf, was auch dadurch bestätigt wird, daß etwa 26 Prozent aller neuen Bundesautobahnen der Dringlichkeitsstufe I des Bedarfsplanes auf Bayern entfallen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf den einstimmigen Beschluß des Wirtschaftsausschusses, auf einen verbesserten Anteil Bayerns an den Fernstraßenmitteln als Regelquote, nämlich eine Erhöhung der festgelegten Quote von 17,3 auf mindestens 20 Prozent, hinzuwirken. Diese durch objektive Kriterien gestützte Forderung gilt unverändert.

Als Konsequenz aus der gegebenen Situation, meine Damen und Herren, sollte dieses Hohe Haus heute unsere berechtigten bayerischen Anliegen, die auch in den Beschlüssen des Wirtschaftsausschusses zum Ausdruck kommen, bekräftigen. Um nicht weiter unzumutbare Kürzungen hinnehmen zu müssen, bitte ich alle Kolleginnen und Kollegen dieses Hohen Hauses, die Staatsregierung in ihren Forderungen zu unterstützen, insbesondere nachdrücklich weiterhin für die Vorwegfinanzierung der A 7 einzutreten.

(Dr. Huber Herbert [CSU])

Meine Damen und Herren! Aufgrund der drastischen Mittelverknappung ergeben sich ohnehin außerordentlich negative Auswirkungen auf die Entwicklung unseres Landes, vor allem der bisher noch unzureichend erschlossenen Räume, auf unsere Wirtschaft, besonders auf die Bauwirtschaft, auf viele Arbeitsplätze in diesen Bereichen. Helfen Sie mit, meine Damen und Herren, daß diese Auswirkungen nicht noch weiter verschärft werden. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Heubl: Als nächster der Herr Kollege Naumann!

Naumann (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die A 7 ist eine überregionale und internationale Durchgangsstraße. Diese Eigenschaft haben sicherlich viele Autobahnen in unserem Land; aber sicherlich trifft diese Eigenschaft für nur wenige oder gar keine Bundesfernstraßen so zu wie für die Autobahn Würzburg-Ulm. Aus diesem Grunde haben wir – die SPD-Landtagsfraktion – eine Sonderfinanzierung, d.h. einen Vorwegabzug, für notwendig und gerechtfertigt gehalten. Wir haben mit Hilfe eines Antrags von uns einen Beschluß in diesem Hohen Hause, zunächst einmal im Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr, herbeigeführt. Insofern besteht also in der Frage A 7 Übereinstimmung.

Werter Herr Kollege Dr. Huber, ich würde allerdings nun – auch nachfolgende Redner – warnen, falsche Schuldzuweisungen zu treffen, nämlich mit dem Finger auf den Bund zu zeigen. Nicht der Bund ist die eigentliche Ursache dafür, daß diese Sonder- oder Extrafinanzierung nicht zustande gekommen ist, sondern diese Extrafinanzierung ist am Widerstand der meisten Bundesländer gescheitert.

(Beifall bei SPD und FDP)

zu deren Lasten selbstverständlich dieser Vorwegabzug etwa in Höhe von 500 Millionen DM für die beiden betroffenen Länder Bayern und Baden-Württemberg gegangen wäre. Es ist deshalb falsch, bei dieser Interessenlage der Bundesregierung einen Vorwurf zu machen. Man sollte vielmehr die allgemeine Interessenlage, so wie sie sich bei der Knappheit der Mittel und bei der Vielzahl der Aufgaben darstellt, als den richtigen Grund sehen.

Das ist offenbar auch vom Herrn Innenminister Tandler so gesehen worden. Der Herr Innenminister hat in einem Brief an den Landtag vom 17. November 1980 folgendes ausgeführt; ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren:

Es sollte allerdings nicht verkannt werden, daß bei einer Umverteilung der Mittel zugunsten Bayerns erhebliche Widerstände von den anderen Bundesländern zu erwarten sind.

Dies entspricht der Wirklichkeit. Ich würde Sie bitten, auf der Grundlage dieses richtigen Zitates von Herrn Innenminister Tandler zu argumentieren.

Meine Damen und Herren! Wir haben die 20-Prozent-Quote an den Fernstraßenmitteln für Bayern vertreten und verlangt. Wir haben das mit den Methoden und Mitteln getan, die der Sache entsprechen, die möglichst wirksam sind, aber nicht unbedingt mit den Methoden der Effekthascherei und der Lautstärke.

(Beifall bei der SPD)

Ich bitte Sie, dies einmal zu sehen, wenn Sie gelegentlich uns in einer nicht sehr freundlichen Weise unterstellen, wir würden die bayerischen Belange nach außen nicht mit der notwendigen Deutlichkeit vertreten. Wir tun das. Nur, meine Damen und Herren, die Formen, mit denen wir dieses tun, müssen Sie bitte uns überlassen!

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Kaps)

Ich darf bei dieser Gelegenheit auch noch festhalten: Der Bund hat eine Fülle von Zusatzleistungen Ende der 70er Jahre für den Fernstraßenbau in Bayern geleistet, so daß Bayern im Zweiten Fünfjahresplan ein Zentrum des Fernstraßenbaues werden konnte. Die Anteile Bayerns am gesamten Fernstraßenetat lagen 1976 bei 20 Prozent und stiegen dann bis auf 22,4, 24,5, 26,9 und 22,7 Prozent. Das ist im Zweiten Fünfjahresplan ein durchschnittlicher bayerischer Anteil – ein Ist-Anteil – von 23,3 Prozent; das macht 1,2 Milliarden DM Zusatzleistungen aus.

(Abg. Niedermayer: Und wie war es früher? –
Gegenruf des Abg. Moser)

Meine Damen und Herren! Angesichts dieser besonders günstigen Bedingungen Bayerns Ende der 70er Jahre durch diese Extraleistungen, ferner angesichts der Tatsache, daß die jetzige Situation auf eine Ländervereinbarung zurückgeht, an der selbstverständlich auch die CDU-Länder beteiligt sind, ist das Gerede einer „Strafaktion des Bundes gegen Bayern“, das Sie landauf, landab erheben, unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD)

Damit dienen Sie den Interessen dieses Landes nicht!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Heubl: Als nächster hat das Wort Herr Kollege Großer.

Großer (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Begründung für diese Aktuelle Stunde versuchte den Eindruck zu erwecken, als hätte dieses Hohe Haus z.B. über die Fortschreibung des Bundesverkehrsplans und ähnliches überhaupt jemals Beschluß gefaßt. Ich muß einfach einmal der Legende entgegenwirken, als wären sich alle Parteien des Hohen Hauses in Fragen des weiteren Verkehrsausbaus vollständig einig, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP)

Über die Fortschreibung dieses Bedarfsplans für die Bundesfernstraßen wurde in diesem Landtag nie abgestimmt. Es gab lediglich Berichte und Aussprachen, oft in der Art von Landespressekonzferenzen und in den zuständigen Ausschüssen,

(Großer [FDP])

aber immer nur in informativischen Sitzungen nach der Geschäftsordnung

(Zustimmung des Abg. Grünbeck)

und nie als Beschlußgremium. Dabei haben wir – und man muß einfach an die Entwicklung denken, wie es zu diesem Gesetzgebungsverfahren zum 1. Januar 1981 kam – anerkennend bemerkt, daß Staatsminister Tandler im Gegensatz zu seinen Vorgängern und wahrscheinlich auch im Gegensatz zur Straßenbauverwaltung erstmalig bereit war, einige völlig überflüssige Straßenbauprojekte zu streichen. Ich erinnere dabei an die A98, ich erinnere an die Schließung des Autobahnringes der A99 im Süden von München oder an die Südwestumfahrung für Nürnberg. Die FDP hat dabei stets deutlich gemacht, daß das, was am 1. Januar 1981 Gesetz geworden ist, für uns immer noch zu viel ist. Im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestags hatten die FDP-Vertreter, insbesondere der Kollege Rolf Merker, entsprechende Streichungsanträge gestellt, z. B. für die A94, aber sie fanden keine Mehrheit. Der Bundestag hat dann dem Gesetz mit großer Mehrheit – auch mit den Stimmen der FDP – zugestimmt, da das Einvernehmen des Bundesrats notwendig war und wir wenigstens einen Anfang der Beschränkung erreichen wollten. Also wenn man so will, wenig ist mehr als nichts.

Dies entbindet uns jedoch nicht, über weitere Streichungen oder auch Rückstufungen der Ausbauarbeiten oder gar in der Trassenwahl nachzudenken. Dafür bietet für uns die angespannte Haushaltslage einen willkommenen Anlaß. Offensichtlich ist es nur in solchen Zeiten möglich, wirkliche Prioritäten zu setzen; und dazu fordern wir unsererseits die Staatsregierung auf. Stimmen Sie endlich der Forderung des Bundesverkehrsministers zu, die wir unterstützen, und gliedern Sie die Maßnahmen der Dringlichkeitsstufe I in Ia und Ib! Praktisch, meine Damen und Herren, haben Sie es ja bereits getan, nämlich in Ihrem Fünfjahresplan im Teil Baubeginn 1981 bis 1985 als Ia und im Teil Baubeginn nach 1985 als Ib. Auch dies, muß ich sagen, ist jedoch nicht finanzierbar, jedenfalls nicht bis 1990. Wir sind – offensichtlich im Gegensatz zur CSU – gegen eine weitere Staatsverschuldung, auch gegen sog. Konjunkturprogramme; wir sind vielmehr für die Selbstbeschränkung.

(Zustimmung des Abg. Jaeger)

Wir sind für Prioritäten und damit für den Schutz wichtiger landwirtschaftlicher Produktionsstätten, von Wäldern und Biotopen. Die großflächige Verriegelung und Zerschneidung der Landschaft muß endlich ein Ende haben.

Wenn der Herr Innenminister z. B. in einem Brief an den bayerischen Obmann der FDP-Bundestagsfraktion, Kollegen Hansheinrich Schmidt, von einer völligen Übereinstimmung spricht, dann ist dies einfach nicht der Fall. Wir stimmen überein bei der A 7; sie muß eine Priorität bekommen. Aber sorgen Sie bitte zunächst einmal dafür, daß die CDU-Ministerpräsidenten dieser Priorität zustimmen! Dann werden auch wir uns dafür einsetzen. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Dr. Heubl: Das Wort hat der Herr Staatsminister des Innern.

Staatsminister Tandler: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte ursprünglich die Absicht, erst später zu sprechen; aber ich möchte mir nicht den Vorwurf einhandeln, dem Parlament nicht unmittelbar die Neuigkeiten vorgetragen zu haben, die ich selbst erst vor ganz kurzer Zeit – vor nicht einmal einer Stunde – erfahren habe. Aus ihnen geht auch hervor, wie begründet die Aktuelle Stunde zum Thema Bundesfernstraßenbau eigentlich ist.

(Abg. Loew: Das wußten Sie schon gestern!)

Zunächst einmal, Herr Kollege Großer, ist es richtig, daß ich den Obleuten der Landesgruppe der CSU, der entsprechenden Gruppierung der SPD – ich glaube, sie heißt auch Landesgruppe – und dem Sprecher der FDP-Bundestagsabgeordneten aus Bayern eine Mitteilung des Inhalts gemacht habe, wie Sie sie vorher dargestellt haben.

Diese Mitteilung entspricht der Wahrheit; denn die Vorschläge der Staatsregierung – das werden alle Kollegen bestätigen können, die bei den Ausschusssitzungen anwesend waren – haben die einhellige Billigung der Abgeordneten von SPD und CSU gefunden. Lediglich der FDP war es vorbehalten, sich aus der Einheitsfront herauszugeben. Dies liegt wirklich nicht im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung Bayerns, und ich muß es deswegen sehr bedauern.

Ich habe derzeit auch kein Verständnis dafür – ich möchte das mit einem einzigen Satz ansprechen –, daß man wieder von Prioritäten, Streichungen und dergleichen mehr spricht und damit genau Wasser auf die Mühlen des Bundesverkehrsministers gießt, der behauptet, der Ausbau der Bundesfernstraßen sei schon optimal und auch in Bayern gebe es keinen Nachholbedarf mehr. Wer das behauptet, weiß von den Gegebenheiten des Landes sehr wenig.

(Zuruf von der SPD)

– Herr Wolf, Sie sollten, bevor Sie Zwischenrufe machen, nachlesen, wie die Dinge sind.

Der Bundesverkehrsminister hat mir in seinem Schreiben vom 23. Juni 1981 ausdrücklich mitgeteilt, daß das, was wir zu diesen Punkten vortragen, nichts anderes sei als einseitige bayerische Interessenvertretung, für die er kein Verständnis aufbringen könne.

(Hört, hört! bei der CSU)

So ist die Lage.

Ich sage Ihnen gleich noch etwas. Ich meine, das andere ist bekannt: 26 Prozent der nach dem Ausbauplan für Bundesfernstraßen noch zu bauenden Bundesautobahnen liegen in Bayern. Das kann doch kein Zufall sein! Wenn wir nicht den entsprechenden Nachholbedarf hätten, wäre es wohl auch nicht so.

Die Lage ist derzeit so: Der Bundesverkehrsminister hat sowohl gestern in Gesprächen mit dem Kollegen Lemmerich als auch heute gegenüber Vertretern der Obersten Baubehörde auf Verwaltungsebene ganz eindeutig zu erkennen gegeben, daß er nicht daran denke, die A 7

(Staatsminister Tandler)

im Rahmen einer Sonderquote zu finanzieren. Er denke vielmehr daran, den Freistaat Bayern gegebenenfalls anzuweisen, die A 7 im Sinne seiner Vorstellungen fertigzustellen; das würde bedeuten, daß alle anderen Maßnahmen zurückgestellt werden müßten.

Damit Sie einmal sehen, wie die Lage ist – Parlamentsanfragen nützen da gar nichts mehr –, möchte ich Ihnen die Daten nicht vorenthalten, die nach den Vorstellungen des Bundesverkehrsministers nunmehr geändert werden sollen.

Es beginnt mit der A 70, Knetzgau–Eltmann, erste Fahrbahn: voraussichtlicher Baubeginn – voraussichtlicher! – nicht 1982, sondern 1984.

Ich muß hier noch vorweg feststellen: Alle Daten basieren auf der Annahme, daß die Investitionsmittel für den Bundesfernstraßenbau im Rahmen der Haushaltsverhandlungen für 1982 und die darauf folgenden Jahre nicht weiter reduziert werden, sondern so bleiben, wie sie jetzt vorgesehen sind.

A 90, Bachel–Elsendorf, 1983 statt bisher 1982; A 93, Pfreimd–Weiden, erste Fahrbahn 1983 statt 1982; A 92 – der Oberbürgermeister von Landshut ist ja heute da –, München–Landshut–Deggendorf, im Bereich Freising–Ost–Moosburg 1984 statt 1983; Landshut–Ost–Dingolfing 1985 statt 1983 – immer Baubeginn! –; A 7, Haundorf–Landesgrenze, Beginn 1987 statt 1985; A 92, Herr Kollege Görlitz, Stadteinfahrt Deggendorf Beginn nicht 1985, sondern 1986; Autobahnring München – man höre und staune – statt 1985 jetzt 1987!

(Verwunderung bei der CSU)

– Ja, das sind die Vorstellungen. Dann soll die A 70, Schweinfurt–Bamberg–Bayreuth, frühestens 1989 begonnen werden, A 92, Dingolfing–Wallersdorf auch 1989, die A 96, München–Landsberg–Memmingen, im Bereich Oberpfaffenhofen–Landsberg–Ost 1989, Umgehung Mindelheim 1989. Alles übrige kommt nach dem Jahr 1990, geht also bis ins Jahr 2000 und darüber hinaus. Das ist die Lage.

Nun zu der Frage, sie wurde von Herrn Kollegen Naumann vorgetragen: Stimmt es, daß dafür gar nicht der Bund, sondern die anderen Länder verantwortlich sind? Es ist richtig, das habe ich geschrieben, daß eine Vorwegquote für die A 7 selbstverständlich die Kritik anderer Länder herausfordern würde. Nur ist es einfach nicht wahr, daß die Länderquote in einer Vereinbarung zwischen den Ländern gefunden worden wäre. Vielmehr ist es Tatsache, daß die Länderquote vom Bund festgelegt worden ist; dabei wurde niemals auf die Proteste Rücksicht genommen, die aus Bayern gekommen sind.

In den Jahren 1971 bis 1975 hatten wir einen Anteil von rund 15 Prozent, 1975 haben wir 17,3 Prozent zugebilligt bekommen.

Herr Kollege Naumann, Sie haben recht, wenn Sie sagen, wir hätten Ende der siebziger Jahre wesentlich mehr Geld gehabt; das stimmt. Wir hatten in den Jahren 1976 bis 1980 einen Anteil an den Erweiterungsinvestitionen von rund 23 Prozent. Aber jetzt bitte ich wirklich einmal zuzuhören. Als es damals um die Frage ging, ob die Autobahn von Erlangen zum Inntal-

Dreieck sechsstreifig ausgebaut oder eine weitere Nord-Süd-Autobahn A 93, Nürnberg–Regensburg – Landshut – Rosenheim – Inntal-Dreieck, gebaut werden sollte, hat sich Bayern für die A 93 ausgesprochen, schon um die Verkehrsführung um die Landeshauptstadt München herum zu entlasten.

Der Bund hat das damals kategorisch abgelehnt und erklärt, entweder akzeptiert Bayern den sechsstreifigen Ausbau – in diesem Zusammenhang ist auch der Begriff einer Sonderfinanzierung verwendet worden –, oder das Geld gehe woanders hin. Ich muß immer wieder betonen – ich wäre dankbar, wenn alle Abgeordneten dieses Hohen Hauses hier meiner Meinung wären –, daß der sechsstreifige Ausbau der Autobahn Erlangen–Inntal-Dreieck nie eine Investition im bayerischen Sinn war, sondern in erster Linie der schnelleren Abwicklung des Transitverkehrs gegolten hat.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie sich einmal überlegen, daß für diesen Ausbau in den letzten Jahren 860 Millionen DM, d.h. 20 Prozent aller Mittel, die wir in den Jahren 1976 bis 1980 für Erweiterungsinvestitionen bekommen haben, verwendet worden sind, dann werden Sie feststellen, daß wir in den Jahren 1976 bis 1980 für den Ausbau von Bundesautobahnen, der bayerischen Interessen dient, lediglich einen Anteil von 18,8 Prozent gehabt haben und daß die Lage dann anders aussieht.

Zusammenfassend: Im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung Bayerns kann ich das Hohe Haus wirklich nur dringend darum bitten, uns mit einem eindeutigen Beschluß den Rücken zu stärken, damit wir die Sonderfinanzierung der A 7 durchsetzen, oder konsequenterweise auf die A 7 zu verzichten und dafür die anderen Bundesautobahnen in Bayern zu bauen. Wenn die A 7 aus der bayerischen Landesquote finanziert werden muß, wird die wirtschaftliche Entwicklung von Randgebieten in Bayern sehr, sehr schwer werden. Sie müssen bedenken, daß wir auch noch mit weiteren Kürzungen der Fernstraßenmittel rechnen müssen.

Noch eine abschließende Bemerkung: Sie verlangen von uns eine Aufschlüsselung in die Dringlichkeitsstufen Ia und Ib und sagen, teilweise hätten wir das mit dem Fünfjahresplan ohnehin gemacht. Den Fünfjahresplan aufzustellen ist gesetzliche Verpflichtung. Wenn aber all das, was jetzt im Dritten Fünfjahresplan vorgesehen ist, durchgezogen wird, bleiben uns für den Vierten Fünfjahresplan der Jahre 1986 bis 1990 nach der jetzigen Finanzsituation ohnehin nur noch 700 Millionen DM für fünf Jahre. Bei diesem Bauvolumen jetzt einen weiteren Fünfjahresplan aufzustellen und damit eine endgültige Untergliederung in Ia und Ib vorzunehmen ist eine Zumutung, der ich nicht entsprechen würde. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Heubl: Das Wort hat der Herr Kollege Seitz.

Seitz (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Der Anlaß dieser Aktuellen Stunde ist durch den Beitrag des Herrn Staatsministers Tandler eben noch einmal unterstrichen worden. An dieser Aktualität sollten wir nicht zweifeln.

(Seitz [CSU])

Herr Kollege Naumann, an welche Adresse sollte Bayern denn seine Forderungen stellen, wenn nicht an den Baulastträger Bund? Das ist doch der erste Ansprechpartner.

Herr Kollege Großer, wenn Sie der Meinung sind, im Landtag herrsche in dieser Frage keine Einigkeit, dann möchte ich nur an die jüngsten Beschlüsse im Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr erinnern, die einstimmig gefaßt worden sind und denen auch der Vertreter der FDP – von ihm ist sogar ein eigener Beitrag im Protokoll nachzulesen – zugestimmt hat. Ich glaube, wir sollten hier Übereinstimmung nicht bezweifeln.

Ich möchte einen kurzen Beitrag zur allgemeinen Situation des Bundesfernstraßenbaues in Bayern geben. Der Bestand an Bundesautobahnen in Bayern bildet keinesfalls ein geschlossenes Netz. Immer noch steht für den starken Durchgangs- und Ferienverkehr nur eine einzige durchgehende Nord-Süd-Autobahn zur Verfügung; auch in Ost-West-Richtung ist die Autobahnverbindung nicht viel besser. Eine Reihe von Autobahnen sind noch nicht fertiggestellt. Große Teile unseres Landes sind unzureichend an das Autobahnnetz angebunden bzw. mit Autobahnen überhaupt noch nicht erschlossen. Bayern hat unbestreitbar einen echten Nachholbedarf gegenüber anderen Bundesländern, auch wenn es keinesfalls die in Ballungsräumen bereits erreichte Netzdichte anstrebt. Auch das sollte man hier festhalten.

Gerade in diesen Wochen zeigt sich der Nachholbedarf an durchgehenden Autobahnen sehr deutlich, nämlich in den endlosen Staus, die wir tagtäglich durch den Ferienverkehr erleben. An dieser Tatsache sollten und können auch die Verantwortlichen in Bonn nicht vorbeigehen. Bayern sieht jedenfalls trotz Kürzung und Streichung von Mitteln für den Bundesfernstraßenbau den weiteren Autobahnausbau als dringende Aufgabe an. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, ist Bayern auf eine ausreichende Finanzierung durch den Bund als Baulastträger angewiesen. Andere Möglichkeiten gibt es nicht. Auf ausreichende Finanzmittelzuweisung kann trotz aller notwendigen Sparmaßnahmen nicht verzichtet werden, zumal eine weitere Verzögerung des Ausbaus von Bundesfernstraßen tiefgreifende wirtschaftliche Nachteile in bestimmten Regionen Bayerns zur Folge haben müßte.

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre hat das Land im allgemeinen seinem jährlichen Bedarf entsprechende Finanzmittel erhalten und konnte damit im Bundesfernstraßenbau zweifellos Erfolge erzielen. Der Bund hielt sich damals nicht an die Quotenregelung für die einzelnen Länder und teilte nach Bedarf Verstärkungsmittel zu; auch Bayern hat davon profitiert. Diese Entwicklung ist seit zwei Jahren unterbrochen. Zum einen stehen dem Fernstraßenbau seitdem insgesamt weniger Mittel zur Verfügung, zum anderen wird Bayern gerade in diesem Jahr ein ungerecht niedriger Anteil von 17,3 Prozent zuerkannt – trotz gestiegener Baukosten. In der Tat führen diese beiden Umstände zu den inzwischen allgemein bekannten, äußerst bedauerlichen Folgen nicht nur für den Fernstraßenbau, sondern auch für die Wirtschaft, die Landesentwicklung, die Verkehrssicherheit und den Umweltschutz in unserem Lande.

Um diese negativen Auswirkungen möglichst gering zu halten, stellen sich meines Erachtens zwei Aufgaben:

Erstens: Das Land ist gehalten, die ihm zugestandenen Mittel möglichst zweckmäßig und wirtschaftlich entsprechend den speziellen bayerischen Erfordernissen einzusetzen.

Zweitens: Das Land muß alles unternehmen, um eine Erhöhung der Mittel entweder über eine Änderung der Quote oder zumindest über eine Vorwegfinanzierung für die A 7 ohne Anrechnung auf die Quote zu erreichen.

Abschließend möchte ich sagen: Die Zurückweisung des bayerischen Konzepts durch den Bundesverkehrsminister kann nicht hingenommen werden. Alle im Landtag vertretenen Parteien sind aufgerufen, ihre Möglichkeiten zu nutzen, um künftig eine Besserung für den dringenden Ausbau der Bundesfernstraßen zu erreichen. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Heubl: Das Wort hat der Herr Kollege Wolf.

Wolf (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Da schlägt diese Bayerische Staatsregierung oder schlagen besser gesagt ihre Vertreter einhalb oder zwei Jahre in der Straßenfinanzierung brutal auf die Bundesregierung ein, und dann wundern Sie sich hier und heute, daß Sie die Verhandlungsposition Bayerns dabei nicht verbessert haben. Das müssen Sie künftig anders anpacken!

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Die Sozialdemokratische Fraktion bedauert natürlich außerordentlich, daß unsere gemeinsamen Bemühungen um eine Verbesserung des Anteils auf 20 Prozent oder Vorwegabzug für die A 7 gescheitert sind. Diese Situation läßt sich bei der Haltung des Bundes gegenwärtig wohl kaum mehr verändern.

Für uns stellt sich nun die Frage, welche Auswirkungen dies z.B. auf strukturschwache Räume wie etwa Ostbayern hat, und welche Möglichkeit die Staatsregierung sieht, hier korrigierend einzugreifen. Ich bin im Laufe dieser Auseinandersetzung immer wieder darüber erstaunt gewesen, welchen Eindruck die CSU mit ihrer Diskussion hinterlassen hat. Sie hat den Eindruck erweckt, als hätten bis 1966 – in den ersten 20 Jahren dieser von CDU/CSU-Regierungen geführten Bundesrepublik also – in Bayern der Bundesfernstraßenbau und der Bundesautobahnbau funktioniert und man hätte in Hülle und Fülle gebaut, während, seit Sozialdemokraten an der Regierung sind, plötzlich nicht mehr gebaut wird. So der Eindruck draußen für den, der nicht weiß, wie die Zahlen tatsächlich aussehen. In Wirklichkeit war die Situation ganz anders. Bis 1966 hat die Staatsregierung in den strukturschwachen Räumen Bayerns, z. B. in Ostbayern, so gut wie keinen Kilometer gebaut. Das ist die Situation.

(So ist es! und Beifall bei der SPD)

Seit 1969 wird nun nachgeholt, was früher versäumt wurde. Wie die Folgen dieser Versäumnisse heute zu be-

(Wolf [SPD])

werten sind, kann man durchaus anschneiden. Maßnahmen im Sinne der Erschließungsfunktion zur Verbesserung der Arbeitsplatzsituation und der Wirtschaftskraft in diesen Räumen – dies alles wäre in den sechziger Jahren mit einer Anbindung dieser Räume durch Bundesfernstraßen an die Ballungszentren noch weit besser möglich gewesen. Heute ist ein Erfolg dieser Bemühungen weitaus problematischer. Er ist jedenfalls geringer, als er es früher gewesen wäre. Deshalb meine ich, daß man diesen Vorwurf den CDU/CSU-geführten Regierungen nicht ersparen kann.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich ist es bedauerlich, daß es zu Verzögerungen kommen wird. Die Mittelsituation läßt wohl anderes nicht mehr zu. Aber ich bin der Meinung, daß es dort, wo Verzögerungen von ein, zwei oder manchmal auch drei Jahren eintreten, immer noch besser ist, die Maßnahmen fortzusetzen, als sie völlig einzustellen. Damit es nicht zu Einstellungen kommt, erwarten wir von der Staatsregierung, daß bei der Knappheit der Mittel die Prioritäten verantwortungsbewußter gesetzt werden als in der Vergangenheit.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Grünbeck)

Ich bin der Meinung, daß man die Prioritäten so setzen muß, daß die strukturschwachen Räume endlich ihr Grundnetz an Bundesfernstraßen bekommen, damit sie Anschluß an die anderen Räume Bayerns finden. Das läßt sich auch mit den Mitteln, die jetzt noch zur Verfügung stehen, machen. Ich bin jedenfalls der Meinung, daß die CSU bisher den Eindruck erweckt hat, daß sie eher bereit ist, noch einen dritten und vierten Ring um München herum zu bauen, als den strukturschwachen Räumen die oberste Priorität zuzuerkennen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Heubl: Als nächster hat das Wort der Kollege Sieber.

Sieber (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Alle Parteien haben die Forderung erhoben, daß der Ausgabenzuwachs eingeschränkt werden soll. Die Umsetzung dieser Forderung in die Realität bringt jetzt aber einschneidende Einsparungen bzw. Umschichtungen gegenüber den bisherigen Ansätzen der mittelfristigen Finanzplanung mit sich.

So ist es für die FDP nur logisch, daß die knapper gewordenen Mittel stärker auf qualitätsverbessernde Maßnahmen konzentriert werden. Das Argument der angeblich gezielten Strafaktion des Bundes gegen Bayern ist doch töricht, abwegig und irreführend. Die Beschlüsse der Bundesregierung waren weder generell noch in einzelnen Punkten auf bestimmte Regionen oder Länder abgestellt

(Beifall bei der SPD)

noch gegen sie gerichtet. Selbst nach Auskunft des bayerischen Innenministers – wir haben es ja gerade gehört – war der Anteil Bayerns an den Bundesmitteln in den Jahren 1976 bis 1980 auf 23,3 Prozent angestiegen; das macht 1,1 Milliarden DM mehr aus. Wir sollten uns darüber freuen, denn es war mehr, als 1975 mit Zustim-

mung auch der anderen Bundesländer als Schlüssel festgelegt worden ist. Ich glaube, wir sollten anstelle anzuklagen lieber neue Überlegungen anstellen, wie mit den geringeren Mitteln effektivere Maßnahmen durchgeführt werden können. Meiner Ansicht nach sollte man in die Entscheidungen über Fernstraßen Überlegungen mit einbeziehen, wie zwischen den Behörden beim Bau von Bundesautobahnen, Bundesstraßen, Staatsstraßen und kommunalen Straßen besser koordiniert und wie das Straßennetz insgesamt besser gestaltet und abgestimmt werden kann.

Nach einer weitverbreiteten Auffassung soll der Ausbau des Straßennetzes allein Strukturpolitik ersetzen können. Dies ist ein Irrglaube. Gerade aus der Sicht des Grenzlandes muß ich sagen, daß es zu einfach ist zu glauben, daß der Ausbau oder der Bau neuer Straßen allein Probleme der Abwanderung u. dgl. lösen könnte.

Es hat sich deutlich gezeigt, daß die bisher ausschließlich am Ökonomischen orientierte Politik auch der Gemeinschaftsaufgabe zwar verschiedene Verbesserungen der Infrastruktur gebracht hat, man darf auf dieser Stufe aber nicht stehenbleiben. Gemeinschaftsaufgabe und ökonomische Aspekte sind nur ein Teil der Gesamtsicht, die man notwendigerweise bei den ländlichen Räumen berücksichtigen muß. Viel wichtiger als der Bau einer Straße in ländlichen Räumen ist es oft, eine endgültige Demontage des Verkehrs zu verhindern. Viel wichtiger ist die Überlegung, wie man durch neue Verkehrssysteme diese Räume bedarfsgerechter und weniger aufwendig bedienen kann. Statt den Bund anzuklagen, sollten die Konsequenzen gezogen und sollte überlegt werden, wie mit den vorhandenen Verkehrswegen, die sicherlich noch weitgehend verbesserungsbedürftig sind, eine optimale Ausnutzung möglich ist.

Auch der Streit um die Prioritäten Ia und Ib oder I insgesamt ist doch ein Streit auf Nebenkriegsschauplätzen. Wir müssen von den vorgegebenen Mitteln und den vorgegebenen Größen ausgehen und sollten uns unterhalten, was als erste Maßnahme und was an weiteren Maßnahmen durchgezogen werden muß. Dazu sind wir hier im Bayerischen Landtag.

In der Tat ist die A 7 in ihrer Priorität von ganz besonderer Bedeutung; ihr kommt eine besondere Entlastungsfunktion zu. Diese Autobahn wird später viele jetzt geplante Maßnahmen in einem anderen Licht erscheinen lassen, vielleicht sogar überflüssig machen. Viele Straßenbauprojekte hätten in der Vergangenheit und würden auch in der Zukunft durch den verkehrsgerechteren Ausbau der bestehenden Straßen und durch den Bau von Ortsumgehungen ersetzt werden können. Gerade im Grenzland und in strukturschwachen Gebieten ist uns mit Ausbaumaßnahmen und Modernisierungsmaßnahmen, die auch die Sicherheit und die Leichtigkeit des Verkehrs einschließen, weitaus mehr geholfen und mehr getan und mehr genützt als mit Neubaumaßnahmen, auf die wir, aus welchen Gründen auch immer, vergeblich warten.

Es verkürzt einfach das Problem, wenn man glaubt, ein Mehr an Kilometern an Bundesstraßen allein würde in ländlichen Räumen die Probleme lösen können. Hier sind Überlegungen notwendig, auch vor dem Hintergrund der Energiekosten, wie neue Verkehrssysteme

(Sieber [FDP])

Verbesserungen bringen könnten; wie dadurch eine bessere Anbindung erreicht werden könnte; wie dadurch die Benachteiligung der ländlichen Räume abgebaut werden könnte.

Lassen Sie mich als Fazit sagen: Straßen dort, wo notwendig, ja, aber nicht überall und um jeden Preis!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Heubl: Das Wort hat der Kollege Niedermayer!

Niedermayer (CSU): Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem ich mir die Beiträge der Oppositionspolitiker angehört habe, kann ich nur sagen es war eine einzige Verteidigung der Bundesregierung wegen der Kürzung der Mittel im gesamten Bundeshaushalt und im besonderen für Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren! Ich hätte erwartet, daß die Opposition zumindest auf diesem Gebiet Solidarität mit uns beweisen und auch in die gleiche Kerbe schlagen würde, nämlich daß diese Kürzung für uns nicht annehmbar ist.

(Zurufe der Abg. Grünbeck und Dr. Rothemund)

Gerade wir, die wir aus dem Grenzlandbereich kommen – Herr Kollege Rothemund, darüber brauchen Sie nicht zu lachen –, erachten diese Kürzung der Mittel für den Bundesstraßenbau in der Tat als eine Ohrfeige ins offene Gesicht.

(Anhaltende Zurufe des Abg. Dr. Rothemund)

Seit Jahren warten wir auf die großen Verkehrsschienen. Herr Kollege Wolf, wenn Sie sich hierherstellen und davon sprechen, daß in den 60er Jahren die CDU/CSU-Regierung versagt

(Zuruf von der SPD: Was wahr ist, ist wahr!)

und für den ostbayerischen Raum nicht Mittel in der entsprechenden Höhe zur Verfügung gestellt hätte, so mag das zum Teil vielleicht richtig sein. Aber damit kann man die heutigen Beschlüsse nicht rechtfertigen, gerade dann nicht, wenn jetzt, wo diese Räume zur Erschließung anstehen – nachdem sie seit 12 Jahren die Regierungsverantwortung haben –, diese Mittel gekürzt werden.

(Zuruf des Abg. Wolf)

Wenn man sich die Aussage des Bundesverkehrsministers vor Augen hält, daß die Verkehrserschließung in der Bundesrepublik nach seiner Meinung abgeschlossen sei, so muß man sagen: Er kennt entweder die Probleme dieser schwachstrukturierten Räume nicht, oder er will sie nicht kennen! Meine Damen und Herren! So sollten wir nicht miteinander umgehen.

Ein Zweites, was uns sehr bewegt: Durch die Mittelkürzungen des Bundes im Straßenbau ist gerade unsere Steinindustrie stark betroffen. Sie wissen, daß viele Tausende in diesen Landstrichen im Tiefbau beschäftigt sind und wir ohnehin mit der Arbeitslosigkeit zu kämpfen

haben. Wir sollten hier gemeinsam das Klagelied singen und den Bund anprangern, eine andere Entscheidung zu treffen und Bayern besser zu bedienen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Nächste Wortmeldung, Herr Kollege List!

List (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach der Baumentscheidung sind Meinungsverschiedenheiten über die Dringlichkeit der A 7 nicht mehr möglich. Zweifel sollten auch nicht durch die Hintertür über Prioritäten eingeführt werden; denn die wirtschaftlichen Dispositionen sind längst getroffen, und angesichts enormer Opfer an Land und Landschaft wollen die Betroffenen in den Regionen auch den ökonomischen Erfolg sehen, zumal der strukturverbessernde Erfolg der Bundesautobahn A 6 längst sichtbar geworden ist. Für die Betroffenen wird die europäische Bedeutung der A 7 von den Hoffnungen in der Region längst überlagert. Wie der Herr Staatsminister zu sagen, entweder Sonderfinanzierung oder Bauruine, ist für die örtlich betroffene Bevölkerung unzumutbar. Das bedeutet eine nachträgliche Abstufung dieser Autobahnplanung.

Herr Minister Tandler, Sie setzen sich damit auch in Gegensatz zu Ihrem Amtsvorgänger Dr. Merk, der stets die überragende Bedeutung der A 7 betont hat. Es mehren sich bereits die Stimmen, daß damit der Beginn einer neuen Benachteiligung West-Mittelfrankens sichtbar wird.

Bayern hat in der Bundesfernstraßenplanung und im Bundesfernstraßenbau eine treuhänderische Aufgabe für den Bund. Recht und Pflicht des Bundes ist es, die Prioritäten zu setzen. Ich begrüße es ausdrücklich, daß Herr Bundesminister Hauff – wie Herr Staatsminister Tandler vorhin angedeutet hat – bereit ist, dies zugunsten der A 7 zu tun. Im übrigen müssen wir die Mittel auf die begonnenen und geplanten Maßnahmen konzentrieren, wobei es bedauerlich ist, daß unser Nachbarland Baden-Württemberg in bezug auf die A 7 noch nicht einmal alle planerischen und rechtlichen Voraussetzungen geschaffen hat. Hier fehlt es doch ganz entschieden an der Koordinierung zwischen Bayern und Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Das Wort erteile ich dem Kollegen Hans Maurer.

Maurer (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich darf zwei Vorbemerkungen machen.

Erstens: Herr Kollege Wolf, Ihre Bemerkung, man wäre mit der Bundesregierung in den letzten Jahren schrecklich umgesprungen und das wäre nun die Konsequenz, weist eigentlich doch darauf hin, daß das Ganze eine Art Strafaktion gegen Bayern sein soll, was Sie immer bestreiten.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens: Es wird immer darauf hingewiesen, daß wir in den letzten Jahren mehr Mittel bekommen haben, als ursprünglich vorgesehen war. Aber dazu müßte man objektiverweise auch sagen, daß wir deswegen mehr Mittel

(Maurer [CSU])

bekommen haben, weil wir in den Planungen weiter waren als die anderen Bundesländer und weil wir am Ende des Jahres jeweils noch fertige Projekte vorlegen konnten, was andere Bundesländer nicht konnten.

Aber ich will auch noch ein Wort zur BAB A 7 sagen. Meine Damen und Herren! Unsere ganze Diskussion konzentriert sich doch eigentlich auf die Frage, ob es für diese A 7 von Würzburg nach Ulm eine Sonderfinanzierung gibt. Das ist das Hauptproblem unserer ganzen Diskussion. Meine Damen und Herren! Darf ich einmal darauf hinweisen, daß diese Autobahn, die nach Auffassung des ganzen Hauses überregionale Bedeutung hat, 1978 noch als sogenannter „möglicher weiterer Bedarf“ eingestuft war; sie war gar nicht in der ersten Dringlichkeitsstufe. Dann ist es den Bemühungen aller politischen Kräfte des Freistaates Bayern und des Landes Baden-Württemberg gelungen, einen vorzeitigen Baubeginn für die A 7 zu erreichen. Es war eine konzentrierte Aktion aller politischen Lager, wir haben damit den Baubeginn erreichen können. Deswegen bin ich nach wie vor der Meinung, daß wir trotz der ablehnenden Haltung des Bundesverkehrsministers nicht nachlassen sollten, nachdem wir von beiden Seiten die Erklärungen haben, doch noch eine Sonderfinanzierung oder eine Vorab-Quote für die A 7 zu erreichen.

Natürlich hat diese Autobahn – darauf hat mein Vorredner gerade hingewiesen – auch eine Erschließungsfunktion für Westmittelfranken und den Hohenloher Raum, der angrenzt, ganz sicher. Aber die Autobahn hat zweifellos auch Bedeutung für den internationalen Verkehr, für den Durchgangsverkehr, der von Norden her kommt, und sie stellt vor allem auch eine wesentliche Entlastung für das Nürnberger Kreuz dar, für die Autobahn Würzburg–Nürnberg–München, die in den Sommermonaten während der Ferienzeit ganz enorm überlastet ist. Ich meine also, daß wir nicht nachlassen, sondern noch einmal den Versuch machen sollten, doch noch eine Vorab-Quote für die Autobahn zu erreichen.

Lassen Sie mich auch das noch sagen, meine Damen und Herren, hier sitzen Kollegen aus allen Landesteilen: Wenn die Maßnahme nur aus dem Länderkontingent Bayerns finanziert werden müßte, wäre ich als Westmittelfranke dafür. Aber ich sehe ein, daß die Oberpfälzer und die Oberfranken und wer auch immer sagen, das können wir nicht akzeptieren, wenn dann bei uns gar nichts mehr geht. Ich würde umgekehrt auch so argumentieren. Wegen der internationalen Bedeutung der Strecke sollten wir weiter versuchen, eine Sonderfinanzierung oder Vorab-Quote beim Bund doch noch zu erreichen. Ich meine, es wäre des „Schweißes der Edlen“ aus allen Fraktionen wert.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Nächste Wortmeldung, Herr Kollege von Truchseß!

Freiherr Truchseß von und zu Wetzhausen (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im letzten Wahlkampf haben wir gehört: Der Bund macht zuviel Schulden, der Bund gibt zuviel aus; nun muß in einigen Berei-

chen gekürzt werden! Und nun will man es wieder anders herum haben und es soll wieder mehr Geld ausgegeben werden. Wie hätten Sie es eigentlich gerne?

(Abg. Möslein: Sie machen sich's aber wieder sehr leicht)

Die Prioritäten, meine Damen und Herren, die heute im Straßenbau gesetzt werden sollten, sind doch: Beseitigung von Unfallschwerpunkten und Beseitigung von Ortsdurchfahrten, die heute für den Autofahrer oft quälendere Probleme darstellen, als große Entfernungen zu überwinden. Auf den großen Strecken läuft der Verkehr im wesentlichen.

(Abg. Möslein: Dann fahren Sie mal ins Grenzland, kommen Sie einmal nach Coburg!)

– Ich bin aus dem Grenzland, Herr Kollege Möslein. Ich kenne die Straßenverhältnisse. Probleme haben wir doch immer dann, wenn der Ferienverkehr rollt. Es ist aber ganz undenkbar, alle unsere Straßen ferienverkehrsgerecht auszubauen. Da werden wir etwas mehr Rücksicht im Verkehr nehmen müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Straßenbau muß mehr Geld für den Lärmschutz der Bürger ausgegeben werden. Wer an Fernstraßen wohnt, ohne daß dort Lärmschutzmaßnahmen vorgesehen sind, der weiß, welche Probleme im Straßenbau auch bewältigt werden müssen.

Wir müssen auch dazu kommen, daß landschaftsgerechter gebaut wird, daß nicht mehr in so großen Autobahn-Querschnitten gebaut wird. Deshalb ist die Einsparung in diesem Bereich auch eine durchaus sinnvolle Maßnahme. Man muß sich nur einmal beim Überfliegen unseres Landes die Breite der Schneisen anschauen, die durch die Landschaft geschlagen worden sind, um zu sehen, welche ökologischen Probleme der Autobahnbau auch mit sich gebracht hat.

Meine Herren Kollegen von der FDP, auf eines muß man auch hinweisen: Wenn man nachliest, was Ihr Herr Kollege Grünbeck im Wirtschaftsausschuß zur Dringlichkeit der A 7 gesagt hat, und man dann hört, was Kollege Sieber hier eben gesagt hat, dann ergeben sich Widersprüche, die Sie beseitigen sollten. Herr Kollege Grünbeck hat ausdrücklich die Sonderfinanzierung verlangt und die Dringlichkeit des Projektes herausgestellt. Ich meine, wir sollten dieses Problem doch einheitlich sehen.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie sagen, Herr Staatsminister, daß 26 Prozent der noch zu bauenden Autobahnen in Bayern liegen, so liegt das natürlich auch daran, daß Bayern der größte Flächenstaat der Bundesrepublik ist und von daher große Entfernungen zu überwinden sind. Aber bei großen Entfernungen kann man immer wieder feststellen, daß man auf freier Strecke, wenn man nicht nur auf Autobahnen, sondern auch auf Bundesstraßen fährt, gut vorankommt.

(Zurufe von der CSU: Wann denn?)

Der Verkehr staut sich immer dort, wo Ortsdurchfahrten zu überwinden sind. Hier muß also auch bei den Prioritäten angesetzt werden.

(Freiherr Truchseß von und zu Wetzhausen [SPD])

Herr Staatsminister, es ist einfach nicht wahr, wenn Sie sagen, daß der 6spurige Ausbau der Autobahn München-Nürnberg für Bayern nichts gebracht hätte. Die Verbindung zwischen den beiden großen Ballungsräumen München und Nürnberg ist erheblich verbessert worden. Wer heute auf dieser Autobahn fährt, kommt schneller voran, als es vorher bei 4spurigem Ausbau der Fall war.

(Widerspruch bei der CSU)

Meine Damen und Herren! Wenn man die Äußerungen des Kollegen Seitz hört, der sich nachdrücklich für weiteren Autobahnausbau einsetzt, muß man sich wundern. Herr Kollege Seitz, Sie waren doch Unterzeichner der Resolution, die sich gegen weiteren Landschaftsverbrauch durch weiteren Ausbau der Autobahnen ausgesprochen hat. Es ist unehrlich, sich heute hinzustellen und zu sagen, baut mehr Autobahnen, wenn man vorher Resolutionen unterschrieben hat, die sich gegen einen weiteren Autobahnausbau aussprechen. Hier muß man ehrlich bleiben.

Lassen Sie mich zum Abschluß noch ein Wort sagen, meine Damen und Herren! Wenn man über Bundesstraßenbau spricht, sollte auch daran erinnert werden, daß der Staatsstraßenbau in Bayern ganz erheblich zu wünschen übrig läßt. Die Staatsregierung sollte sich einmal an der eigenen Nase fassen und überprüfen, was im Staatsstraßenbau in den vergangenen Jahren alles versäumt worden ist, welche Prioritäten hier in Bayern bei den eigenen Haushaltsentscheidungen zugrunde gelegt worden sind.

(Beifall bei der SPD)

Man sollte nicht nur an den Bund appellieren, sondern man sollte auch einmal die eigenen Versäumnisse im Straßenbau untersuchen; denn hier ist viel versäumt worden.

Lassen Sie mich abschließend noch eine Bemerkung machen, meine Damen und Herren! Es ist vorhin beklagt worden, daß der Autobahnring um München immer noch nicht fertiggestellt sei, die Autobahn Regensburg-Passau noch nicht fertiggestellt sei. Woran liegt das? Das liegt an landesplanerischen Versäumnissen, und es liegt daran, daß die Raumordnungsverfahren nicht rechtzeitig durchgeführt worden sind, daß die Planfeststellungsverfahren nicht vorangekommen sind.

(Widerspruch bei der CSU)

Der Autobahnring um München wäre längst fertig, wenn Sie die entsprechenden Planungsvoraussetzungen dafür geschaffen hätten. Die Autobahn von Regensburg nach Passau wäre längst fertig, wenn Sie dafür die entsprechenden Planungsvoraussetzungen geschaffen hätten. Dies ist Tatsache!

(Beifall bei der SPD – Abg. Möslein: Das ist falsch!)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Das Wort erteile ich dem Kollegen Grünbeck.

Grünbeck (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn ich mich nicht täusche, haben eben alle Frak-

tionen dieses Hauses einen Dringlichkeitsantrag unterschrieben, wonach die Staatsregierung aufgefordert wird, der Sonderfinanzierung der A 7 nach wie vor das Wort zu reden.

Ich unterstreiche noch einmal ausdrücklich die Ausführungen des Kollegen Naumann, der betont hat, daß im Wirtschaftsausschuß der Antrag auf Sonderfinanzierung der A 7 einstimmig beschlossen wurde. Wir sollten dieses Stück Gemeinsamkeit nicht durch zwielichtige Argumente unterwandern und in Frage stellen.

(Beifall bei der FDP)

Es ist auch völlig richtig, wenn Herr Kollege Großer darauf hinweist, daß wir über das Gesamtprogramm zu keiner Zeit Beschlüsse gefaßt haben. Es ist natürlich in Frage zu stellen, ob dies der richtige Weg ist, das Parlament immer erst dann zu Hilfe zu rufen, wenn man mit den eigenen Vorstellungen nicht durchkommt, und im Parlament dann eine Art Hilfstruppe sucht. Ich glaube, es wäre besser, einen anderen Weg zu suchen.

Noch ein Zweites, Herr Minister Tandler! Es ist nicht so, daß etwa in diesem Parlament ein Widerstand gegen die Sonderfinanzierung bestünde, sondern wir müssen einfach darauf hinweisen, daß der richtige Ort der Bundesrat bzw. die Länderverkehrsministerkonferenz ist. Dort brauchen Sie die Mehrheit für die Sonderfinanzierung, dann werden Sie Unterstützung auch vom Bundesminister erhalten. Das Parlament unterstützt Sie auf diesem Wege.

Meine Damen und Herren! Wer von uns erkennt nicht die überregionale Bedeutung der A 7? Sie werden um eine klare Priorität in Bayern nicht herumkommen. Sie können sich nicht darum herumogeln.

Herr Kollege Maurer hat darauf hingewiesen, welche regionale Bedeutung die A 7 für Westmittelfranken hat. Sie hat aber nicht nur eine nationale, sondern auch eine internationale Bedeutung. Dabei steht in Zweifel, was eigentlich die Österreicher machen. Wir werden möglicherweise am Ende des Allgäus stehenbleiben müssen, weil die Österreicher nicht weitermachen oder nicht weiterbauen können. Dann haben wir das Problem nur halb gelöst. Wir müssen auch mit unseren Nachbarländern reden, um die Dinge zu regeln.

Meine Damen und Herren von der CSU! Ein bedeutender Kollege aus Ihren Reihen hat zu mir kürzlich nach der Debatte im Wirtschaftsausschuß gesagt, ich hätte die Straßenbaupolitik der CSU noch nicht ganz begriffen.

(Abg. Dumann: Dafür habe ich Verständnis!)

– Das glaube ich auch, Herr Kollege Dumann; wenn Sie mir zuhören, verstehen Sie es vielleicht. Er hat mir gesagt, daß man die Straßen in Bayern – und er hat es ganz ernst gemeint – in der Priorität nicht dem Bedarf entsprechend ausbauen soll, sondern über die ganze Fläche Bayerns hinweg verteilen muß, damit die Bauwirtschaft entsprechend ausgelastet und beschäftigt sei. Wenn das Ihr Straßenbauprogramm ist, vom Bedarf abzuweichen, um eine CSU-Wahlkreis-Berieselungspolitik zu machen, dann ist dies sicherlich nicht der richtige Weg. Wir brauchen ein klares, eindeutiges Straßenpro-

(Grünbeck [FDP])

gramm mit Prioritäten, und bei diesem Prioritätenkatalog werden wir Sie unterstützen.

(Zuruf von der CSU: Und Geld brauchen wir auch!)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Ich erteile das Wort dem Herrn Staatssekretär für Wirtschaft und Verkehr.

Staatssekretär Dr. Freiherr von Waldenfels: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nicht zu den einzelnen vom Innenminister schon aufgezählten Straßenprojekten Stellung nehmen, obwohl ich, wie die Mehrheit in diesem Hause, empört bin über das, was vom Bundeswegeplan des Jahres 1980 übriggeblieben ist. Lassen Sie mich vielmehr einige allgemeine Bemerkungen aus der Sicht meines Hauses machen.

Wir sehen die Situation im Bundesfernstraßenbau als Ausdruck der gesamten gegenwärtigen Bonner Verkehrspolitik – einer Politik, die, wie ich glaube, uns große Sorgen bereiten muß. Der Verkehrshaushalt ist zur Sparkasse der Nation geworden. Maßgebend sind nicht mehr sachliche Notwendigkeiten, maßgebend sind vorrangig finanzielle Überlegungen. Hier wird das ganze finanzpolitische Debakel sichtbar, das die Koalitionspartner vor der Bundestagswahl verschwiegen haben. Während andere Einzelpläne des Haushalts 1981 erhöht wurden, verringerte sich der Verkehrshaushalt um 1,5 Prozent.

(Abg. Naumann: Der Verteidigungshaushalt zum Beispiel!)

Natürlich muß gespart werden, Herr Kollege Großer; Sie haben darauf hingewiesen. Auch wir sind fürs Sparen. Wir haben immer gesagt, wo gespart werden sollte; nämlich im konsumtiven Bereich, nicht im investiven; denn wenn Sie Mittel vom Bundesfernstraßenbau wegnehmen, streichen Sie investive Mittel, die uns langfristig in der Zukunft fehlen. Wir sehen, daß die Sparmaßnahmen gerade im Verkehrshaushalt vor allem zu Lasten der ländlichen Gebiete gehen, während die Verdichtungsräume besser wegkommen.

Das gilt nicht nur für die Kürzungen im Bundesfernstraßenbau, die besonders die Gebiete treffen, deren Erschließung in der Vergangenheit hinter der Deckung des Bedarfs der Verdichtungsräume zurücktreten mußte; das gilt in gleicher Weise für die Deutsche Bundesbahn. Sie wird zu weiterer Ausdünnung des Verkehrs in der Fläche gezwungen, die in einigen Bereichen über eine notwendige Anpassung deutlich hinausgeht. Manches deutet auch darauf hin, daß die Streckenstilllegungen entgegen unseren Erwartungen auch immer noch nicht vom Tisch sind.

Auch im Wasserstraßenbau und für den öffentlichen Personennahverkehr ließe sich eine entsprechende Entwicklung aufzeigen. Die Benachteiligung des flachen Landes zugunsten von Verdichtungsräumen ist als durchgehende Linie der neuen Bonner Verkehrspolitik offensichtlich. Ich kann daher dem Deutschen Städte- und Gemeindebund nur voll zustimmen, wenn er feststellt, daß erstens durch die Erhöhung der Mineralölsteuer, zweitens durch die sonstige Verteuerung des

Kraftstoffes, durch den Wegfall der Gasölbetriebsbeihilfe, durch die Streichung von Nahverkehrszügen der Deutschen Bundesbahn sowie durch die Kürzung von Investitionsmitteln im Verkehrsbereich die Bevölkerung im ländlichen Raum mehrfach belastet wurde und eine weitergehende Belastung im Interesse einer gleichmäßigen Entwicklung aller Räume der Bundesrepublik vermieden werden muß.

Ich gebe dem Städteverband auch recht, wenn er sich für eine rasche Schließung des überörtlichen Straßennetzes im ländlichen Raum einsetzt. Das Autobahnnetz ist bei uns gerade dort noch weit von seiner Fertigstellung entfernt. Der Bundesverkehrsminister behauptet zwar immer wieder das Gegenteil. Ich kann darin jedoch nur eine Schutzbehauptung sehen, mit der die Konsequenzen der Finanzmisere verdeckt werden sollen.

Wir brauchen die geplanten Autobahnen einmal aus strukturpolitischen Gründen. In letzter Zeit sind zwar Stimmen laut geworden, daß neue Fernstraßen keine nennenswerte Bedeutung für die Standortgunst und die regionale Entwicklung hätten. Ich halte diese Meinung für falsch. Sie alle kennen die Probleme und die Situation in Niederbayern – Herr Kollege Niedermayer hat zu Recht darauf hingewiesen –, im Chiemgauer Dreieck, in Oberfranken mit der Maintal-Autobahn und im Allgäu, um nur einige Beispiele zu nennen. Unternehmen dort haben es wegen unzureichender Straßen einfach schwerer als Betriebe in besser erschlossenen Gebieten. Eine neue Autobahn schafft allein noch keine positive wirtschaftliche Entwicklung, aber ohne leistungsfähige Fernstraßenverbindungen entwickeln sich abgelegene Gebiete jedenfalls schlechter.

Ich bin erschrocken, Herr Kollege Grünbeck, über Ihren Beitrag, wenn Sie nach wie vor der Meinung Ausdruck geben, daß wir vom Bedarfsdeckungsprinzip und nicht vom Erschließungsprinzip ausgehen müssen. Damit schaden Sie unserem ländlichen Raum. Gerade wir brauchen die Erschließung dieser Räume. Wenn Sie einer anderen Politik das Wort reden, ist dies sicher der falsche Weg.

Herr Kollege Truchseß, wenn Sie sagen, im Grenzland laufe ja eigentlich der Verkehr, so schlimm sei das alles gar nicht, dann haben Sie sich mit dieser Äußerung als Grenzlandabgeordneter disqualifiziert. Gerade der, der im Grenzland lebt, weiß um die Notwendigkeit von Straßen in diesem Bereich.

(Zurufe von der SPD)

– So haben Sie es dann auf einmal nicht mehr gesagt. Lesen Sie im Protokoll nach, was Sie genau gesagt haben. Ich muß sagen, als Grenzlandabgeordneter haben Sie Ihre Glaubwürdigkeit verloren.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren! Auch die Bahn kann den weiteren Ausbau der Fernstraßen nicht ersetzen. Zwar kann der Güterverkehr sicher in Teilbereichen von der Straße auf die Schiene verlagert werden, und alle Möglichkeiten dazu sollten auch genutzt werden. Ein Großteil der Transportmengen läßt sich jedoch nur mit dem Lkw befördern. Das hat ein Gutachten zum Werkfernverkehr ganz deutlich gezeigt, das der Bundesverkehrsminister hat anfertigen lassen. Der Werkfernverkehr befördert in-

(Staatssekretär Dr. Freiherr von Waldenfels)

zwischen ca. 45 Prozent des ganzen Straßengüterfernverkehrs. Die Gutachter haben in 70 Prozent der Fälle sachliche Gründe dafür festgestellt, daß die Güter sogar in eigenen Lkw befördert werden müssen. Das zeigt ganz deutlich, daß die Bahn nur eine begrenzte Alternative darstellt. Zudem darf ja auch nicht vergessen werden, daß die Bahn durch Kürzung ihrer Investitionsmittel und den Zwang zu höheren Tarifen vom Bund daran gehindert wird, im Güterverkehr wieder eine größere Rolle zu spielen.

Wir brauchen die geplanten Autobahnen aber auch, um Energie zu sparen. Das mag im ersten Augenblick widersprüchlich klingen. Doch gerade auf den langen Strecken ins Grenzland beispielsweise verkürzen Autobahnen in vielen Fällen die Fahrstrecke beträchtlich und tragen zu einer flüssigeren und damit treibstoffsparenderen Fahrweise bei. So liegt nach Angaben der Deutschen Straßenliga der Kraftstoffverbrauch bei normalem Verkehrsfluß, ohne größere Staus und Stockungen, auf zweispurigen Straßen um 25 Prozent höher als bei Straßen ohne Kreuzungen und Gegenverkehr.

Und schließlich – auch das sollten wir nicht vergessen – weisen Autobahnen die niedrigste Unfallrate auf. So entfielen beispielsweise 1978 auf 1 Milliarde Fahrzeugkilometer auf Autobahnen 197 Unfälle mit Personenschäden. Auf Bundesstraßen waren es dagegen 1164. Auf die in Dringlichkeitsstufe I im Bedarfsplan enthaltenen Autobahnen können wir daher aus wirtschaftlichen und verkehrlichen Gründen nicht verzichten. Wir können auch nicht noch 20 oder 30 Jahre darauf warten. Jede weitere Verzögerung bedeutet für uns Wettbewerbsnachteile, höhere Transportkosten, weniger Energieeinsparung und letztlich auch mehr Tote.

Meine Damen und Herren! Wir brauchen in der Verkehrspolitik wieder mehr Kontinuität. Wer nur taktiert, nur nach Wahlterminen schaut, darf sich nicht wundern, wenn man ihm die Glaubwürdigkeit abspricht. Als negatives Beispiel möchte ich dafür den Bundesverkehrsminister zitieren, der im Mai vor der Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft in Nürnberg erklärt hat:

Wir alle – und ich sage hier das auch im Namen der Bundesregierung – wußten, daß der Bedarfsplan für den Fernstraßenbau unrealistisch war am Tage seiner Verabschiedung. Er war unrealistisch, er war praktisch Makulatur, aus drei Gründen: Einmal waren die Preise, die 1980 zugrunde gelegt wurden, die Preise des Jahres 1978, finanziell also gar nicht darstellbar. Wir hatten dazu das Verkehrslärmschutzgesetz verabschiedet, das weitere hohe Kosten verursachte. Und auch darüber waren wir uns doch alle im klaren im Juli 1980: Diese Bundesregierung ging auf ihre schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise seit vielen Jahren zu. Die öffentlichen Kassen sind leer. Aber, meine Damen und Herren,

– so der Bundesverkehrsminister –

ich sage Ihnen ganz offen, wir hatten ja Bundestagswahlen, und aus diesem Grund, Bundestagswahlen, mußte halt manches auch in diesem Sommer verabschiedet werden, mußte etwas beschönigt werden. Ich stehe dazu.

Hier, meine Damen und Herren, wird für mich deutlich – und das meine ich ernst; denn wir alle, alle politischen Parteien kämpfen ja derzeit um verstärkte Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit –: Wer so Verkehrspolitik betreibt, wer so mit dem guten Glauben der Bürger umgeht, wer nur kurzatmig nach Wahlterminen schaut, hat jede Glaubwürdigkeit in der Politik verloren.

(Zuruf von der SPD: Wer so viel von Glaubwürdigkeit redet, hat sie nötig!)

Die bayerische Verkehrspolitik, meine Damen und Herren, wird eine solche für Bayern schädliche Verkehrspolitik auch in der Zukunft nicht hinnehmen. Hören Sie, meine Damen und Herren von der SPD und FDP, endlich auf, Bonner Interessen hier in Bayern zu vertreten! Sie schaden damit der ganzen bayerischen Bevölkerung.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Das Wort erteile ich dem Herrn Kollegen Zeitler.

Zeitler (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Der Herr Staatssekretär hat auf die Bedeutung und Notwendigkeit des Autobahnbaues hingewiesen. Ich glaube, man sollte diese auch einmal aus der Sicht eines Wirtschaftszweiges beleuchten, nämlich der Bauindustrie, die sich ja jahrelang auf die mittel- und langfristigen Planungen des Bundes verlassen hat, die nun kurzfristig über Bord geworfen wurden.

(Abg. Hiersemann: Was sagen Sie zum Fernstraßenbau!)

– Fragen Sie mich später!

Ich darf nur daran erinnern, daß es unter Leber noch gang und gäbe bzw. das Ziel war, daß kein Bürger – ich glaube – mehr als 20 km weit vom nächsten Autobahnanschluß wohnen sollte. Die Bauwirtschaft hat im Vertrauen darauf investiert. Und nun ist der seit 1. Januar 1981 gültige Verkehrsausbauplan schon wieder ungültig. Die Situation, vor der die Bauwirtschaft steht – das ist vielleicht auch für Sie interessant, weil die Bauwirtschaft ja auch Arbeitskräfte beschäftigt, die Sie angeblich vertreten wollen –, ist, daß leere Auftragsbücher vorhanden sind und zusätzlich die Belastung durch die hohen Zinsen für die Investitionen dazukommt, die finanziert werden müssen, für die nun keine Aufträge vorhanden sind.

Wie ist denn die Situation bei den Aufträgen gegenüber dem Vorjahr, besonders im Straßenbau? Ein Auftragsrückgang um 43 Prozent! Der Auftragsbestand reicht noch für 1,9 Monate. Die Zahl der Konkurse hat sich im Verhältnis zum vorigen Jahr um 54 Prozent erhöht. Jeder Konkurs trifft nicht nur den Unternehmer, sondern auch eine Vielzahl von Arbeitnehmern. Das sollten Sie sich einmal hinter die Ohren schreiben. Der Personalrückgang im Baugewerbe betrug im März dieses Jahres im Verhältnis zum vorigen Jahr über 100 000 Arbeitsplätze, die verlorengegangen sind. Nun stehen weitere Massenentlassungen bevor, mit denen in den nächsten zwei Monaten zu rechnen ist. Allein die Bauinnung Nordoberpfalz kommt nach Umfrage bei ihren Mitgliedsbetrieben auf eine Zahl von 600 Entlassungen in den nächsten Monaten.

(Zeitler [CSU])

Diese Situation wirkt sich selbstverständlich auch auf die Pendler aus. Wenn Sie die Arbeitslosenzahlen gerade im Bayerischen Wald betrachten, die in den Winterzeiten zwischen 28 und 34 Prozent liegen, und davon ausgehen

(Abg. Grünbeck: Ein Erfolg der bayerischen Strukturpolitik!)

– Sie wissen es doch besser, Herr Grünbeck. Wenn wir unter vier Augen reden, sind Sie manchmal ganz vernünftig. Wenn nun 28 bis 34 Prozent Arbeitslose in den Wintermonaten vorhanden sind, dann deswegen, weil viele Pendler im Baubereich außerhalb arbeiten. Wenn die nun zurück müssen und auch im Sommer keine Arbeit haben, wird eine Situation eintreten, die Sie nicht so lächerlich nehmen sollten.

(Abg. Grünbeck: Ein Erfolg der bayerischen Strukturpolitik! – Abg. Niedermayer: Reden Sie doch nicht so einen Schmarrn! – Wie man darüber lachen kann, ist mir unerklärlich!)

Die Auswirkungen gehen aber noch weiter. Es wurde vielen Betrieben versprochen – im Vertrauen auf den zum 1. Januar 1981 gültig gewordenen Ausbauplan, der, ich muß es wiederholen, nun schon wieder nicht mehr gilt –, wenn sie sich in strukturschwachen Gebieten ansiedelten, daß diese Gebiete erschlossen und Autobahnen gebaut werden. Ich kann Ihnen einige Betriebe nennen, die Hunderte von Arbeitsplätzen in der Mittleren Oberpfalz geschaffen haben und die nun sehr enttäuscht sind, daß z. B. die A 6 von Amberg nach Pfreimd nicht gebaut werden soll. Ich kann Ihnen weitere Betriebe nennen, die ihre Überlegungen, dort zu investieren, zurückgestellt haben. Diese Investitionen, der Bau von Industriestätten, wirkt sich wiederum auf den Bausektor dahingehend aus, daß Leidtragende dieser unterlassenen Investitionen die Arbeitnehmer im Baubetrieb sind. Bis vor einer Stunde war ich der Meinung, daß die Notwendigkeit von allen anerkannt wird. Wenn man aber das Erschließungsprinzip nicht mehr bejaht, wie es der Herr Grünbeck oder der Herr Großer, der nur die A 7 als notwendig betrachtet, getan haben, dann ist mit Sicherheit keine Gemeinsamkeit mehr vorhanden. Ihre Abgeordneten sollten das aber dann auch draußen im Lande vertreten und sollten der Grenzlandbevölkerung sagen, was sie in München vertreten. Ich bedauere, daß aus dieser Gegend offensichtlich bei Ihnen heute niemand zu Wort kommt. Die Autobahn ist für das Grenzland so wichtig wie ein Herzschrittmacher für einen herzkranken Menschen. Und den kann man nicht nach einer Kosten-Nutzen-Analyse verschreiben. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Kamm: Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Stenglein!

Stenglein (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Selbstverständlich wünschen auch wir Sozialdemokraten uns mehr Mittel, um die Verkehrsprobleme, die schon angesprochen worden sind, zu lösen. Wir wissen ja alle miteinander, daß wir unsere Haushalte begrenzen müssen. Auch der bayerische Haushalt hat seine Begrenzung erfahren, und wir haben uns ja eigentlich auch zur Aufgabe gemacht, in diesem Sinne zu handeln.

Wenn man dieses Anspruchsdenken aber draußen schon immer wieder vertritt, gilt es natürlich auch für uns selbst, auch für die Bayerische Staatsregierung in Richtung Bonn.

Wenn die A 7 so stark angesprochen wurde, auch vom Herrn Innenminister, so muß ich natürlich mitanhängen, Herr Innenminister, daß uns von Oberfranken her die Maintal-Autobahn sehr am Herzen liegt. Sie haben sie hier mit genannt und haben gesagt, daß der weitere Bauabschnitt 1984 nun nach Vorschlag des Bundes weiter verfolgt werden kann. Ich muß sagen, mich überrascht das überhaupt nicht, denn auf die Anfrage meines Kollegen Willi Kaiser – und ich habe diese Anfrage mit gestellt – hat uns Herr Staatssekretär von Waldenfels geantwortet, daß die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die A 7 noch gar nicht abgeschlossen seien. Sie werden zum Teil erst geschaffen, so daß die Frage nur zum Teil beantwortet werden kann. Wann sie geschaffen sind, kann er uns nicht sagen. Ich rechne sogar damit, daß es noch länger dauert, bis die planungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen sind. Warum sollten wir uns dann wundern, wenn wir erst 1984 die Maintal-Autobahn weiterbauen können. Ich muß an Sie die Frage richten, Herr Innenminister: Wieviel Projekte gibt es denn überhaupt noch in unserem Plan, wo die planungsrechtlichen Voraussetzungen noch gar nicht geschaffen sind, so daß wir, auch wenn wir die Mittel bekämen, eigentlich noch gar nicht bauen könnten?

Ein Zweites! Ich habe mit Interesse die Wünsche des Bayerischen Ministerpräsidenten an den Bonner Haushalt gelesen. Da war vom Straßenbau keine Rede; da hat man wohl vom Hochschulbau, vom Flughafen und vom Kanal geschrieben. Aber heute ist der Straßenbau wahrscheinlich mit ein Schwerpunkt. Ich hätte mir gewünscht, daß auch der Herr Ministerpräsident den Straßenbau sehr stark mit unterstützt hätte,

(Abg. Jaeger: Der hat zur Zeit andere Sorgen!)

zumal er in unserem oberfränkischen Raum ja vor der Wahl gesagt hat, es muß einmal ein Ende damit sein, daß nur um München herum alles gebaut wird, es muß auch im nordbayerischen Raum etwas geschehen. Ich frage mich: Wann geschieht denn das endlich einmal?

Dann noch ein Drittes: Man spricht immer wieder davon, daß der Bund bestimmte Maßnahmen fördert oder nicht fördert. Herr Innenminister, wird das nicht mit dem Land abgesprochen? Sie machen doch die Vorschläge, was gebaut wird, und Ihre Beamten bzw. Planungsbüros arbeiten das am Ende aus. Ich meine, daß man hier nicht nur nach Mitteln und Wegen suchen sollte, um dem Bund immer wieder den Schwarzen Peter zuzuschieben, sondern daß man gemeinschaftlich die Dinge anpackt und vor allen Dingen uns Grenzländern die Verkehrsadern gibt wie z. B. die Maintalautobahn, die wir dringendst, dringendst brauchen!

Noch ein Wort zu der Frage Bau und Arbeit! Der Straßenbau ist in meinen Augen nur ein begrenztes Mittel, die Arbeitslosigkeit auf dem Bau wegzubringen; denn irgendwann, Herr Niedermayer, hört es einmal auf. Jetzt brauchen wir es; da bin ich Ihrer Meinung. Aber wir müssen uns doch auch mit der Tatsache abfinden, daß wir nicht immer wieder bis ewig Straßen neu bauen können. Also kann ich das nicht nur an den

(Stenglein [SPD])

Arbeitskräften allein aufhängen, sondern da müssen wir uns schon überlegen: Was machen wir mit den Bauleuten, die ihre Arbeit auf der Straße haben, wenn das einmal zu Ende geht? Die Reparaturarbeiten allein werden nicht ausreichen, um die alle zu beschäftigen. All das sind Punkte, die sollten wir schon mit einfließen lassen.

Ich bitte Sie, Herr Innenminister, Ihr Ministerium und die Ämter anzuweisen, alle Möglichkeiten wahrzunehmen, damit endlich die planungsrechtlichen Voraussetzungen auf der Strecke A 70 bis Hallstadt vorliegen, damit dann, wenn finanziert wird, dort gebaut werden kann. Es hat ja keinen Sinn, daß der Bund das Geld bereitstellt und Sie das einplanen, aber die baurechtlichen Voraussetzungen sind nicht gegeben. Das ist genauso, als wenn ich noch keine Planung und Baugenehmigung für ein Haus habe, aber schon nach großen Finanzierungen suche.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Erster Vizepräsident Kamm: Letzte Wortmeldung Herr Kollege Willi Müller. Bitte!

Müller Willi (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Verlauf der Aussprache sind eine Reihe von guten Argumenten für die Sonderfinanzierung der A 7 vorgetragen worden. Ich will einige aus der Sicht des Zonenrandgebiets noch hinzufügen.

Der Kollege von Truchseß hat davon gesprochen, daß Lärmschutz und viele andere schöne Dinge in Zukunft in verstärktem Maße durchgeführt werden müssen und daß der Neubau von Straßen nicht mehr so notwendig sei. Herr Kollege von Truchseß, das mag für viele Bereiche im Bundesgebiet gelten, für das Zonenrandgebiet gilt das mit Sicherheit nicht.

(Zustimmung bei der CSU – Abg. von Truchseß:
Keine Lärmschutzmaßnahmen dort? – Weitere
Zurufe von der SPD)

– Ich will darauf hinweisen, daß die Erschließung mit Straßen eine wirkungsvolle Strukturpolitik ist, auf die das Zonenrandgebiet nicht verzichten kann. Ich habe mit großem Schrecken zur Kenntnis genommen, daß der Bund mittlerweile für wichtige Straßen im Zonenrandgebiet einen Baubeginn vorschlägt, der womöglich die für uns notwendigen Straßen erst im Jahre 2000 bringt. Das ist eine Situation, die man nicht verantworten kann. Ich muß deshalb aus der Sicht des Zonenrandgebietes voll und ganz für die Sonderfinanzierung der A 7 eintreten. Ich bin davon überzeugt, daß diese Trassierung aus vielen wirtschaftlichen Überlegungen notwendig ist. Wenn aber dafür die notwendigen 300 Millionen DM weggenommen werden müssen von lebenswichtigen Straßenvorhaben im Bereich Ostbayerns und Nordbayerns wie der A 93, des Frankenschnellwegs und der Maintal-Autobahn, dann meine ich, wäre dies nicht zu verantworten. Ich meine, ein solches Vorhaben wäre zugleich ein eklatanter Verstoß gegen den § 4 des Zonenrandförderungsgesetzes, und es wäre zudem ein verheerender Schlag gegenüber den Bemühungen, Arbeitsplätze und Menschen im Zonenrandgebiet zu halten und das Zonenrandgebiet als ein

Schaufenster der Freiheit an der Grenze zur Unfreiheit auch in Zukunft zu erhalten.

(Beifall bei der CSU)

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung machen zu den Vorgaben des Bundes für die Auswahl der dringlichen Maßnahmen. Ich habe das Gefühl, daß der Bundesverkehrsminister in diesem Zusammenhang die Situation in Bayern völlig verkennt. Was nützt uns z.B. angesichts der Finanzmisere ein ansich zweifellos begrüßenswertes Radwege-Programm an Bundesstraßen, wenn in weiten Teilen unseres Landes immer noch die entsprechenden Bundesstraßen fehlen bzw. nur teilweise ausgebaut sind?!

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD,
u. a.: Und Staatsstraßen?)

– Ich werde darauf noch zurückkommen!

Abschließend noch zwei Bemerkungen: Wir als Grenzlandpolitiker, Herr Kollege Naumann, wissen ganz genau, daß wir den außerordentlich starken Rückgang der Haushaltsmittel bedauerlicherweise auch vom Grenzland her mittragen müssen. Aber eines sollte feststehen: Die besondere Problematik des Zonenrandgebietes und der strukturschwachen Gebiete muß insbesondere beim Bau der Straßen auch entsprechend Berücksichtigung finden.

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung zum Staatsstraßenbau anfügen! Dankenswerterweise fließen ein Drittel der Mittel für den Staatsstraßenbau in das Zonenrandgebiet. Herr Kollege von Truchseß, Ihnen muß ich abschließend eine Frage stellen: Ihre Fraktion hat beantragt, die Mittel für den Staatsstraßenbau um 50 Millionen zu kürzen. Eben haben Sie sich hier hergestellt und haben gesagt, es muß mehr für den Staatsstraßenbau getan werden. Ich muß die rhetorische Frage, die Sie gestellt haben, in derselben Weise zurückgeben: Wie hätten Sie's denn eigentlich gern?

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Kamm: Das Wort hat der Herr Staatsminister des Innern.

Staatsminister Tandler: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einige Klarstellungen! Ich habe Verständnis dafür, daß man über manche Dinge unterschiedlicher Auffassung sein kann; das ist selbstverständlich und ganz normal. Bloß, über Fakten brauchen wir nicht zu diskutieren, weil sie so sind, wie sie sind.

Herr Kollege Grünbeck, die 50. Wiederholung des Vorwurfs, die anderen Länder hätten die Länderquoten festgelegt und Bayern wäre einverstanden gewesen, ändert nichts an der Tatsache, daß es allein Sache des Bundes war und ist, die Quoten festzulegen und nicht Sache der Länder. Und deswegen ist es auch nicht Sache des Bundesrates oder des Freistaates Bayern im Bundesrat, dafür zu sorgen, daß wir eine andere Quote bekommen; die Quoten legt der Bundesverkehrsminister fest. Es ist verständlich, daß die einzelnen Länder mehr oder minder lautstark ihre Interessen vertreten. Wir haben begreiflicherweise in den letzten Jahren die 17,3 Prozent offizielle Quote hingenommen, ich muß

(Staatsminister Tandler)

sagen: hinnehmen müssen. Was hätten wir denn tun sollen angesichts der Tatsache, daß wir ja mehr erhielten!

In diesem Zusammenhang ist ein Argument in bezug auf die A 7 wichtig, das Kollege Großer genannt hat, wenn meine Notiz richtig ist. Der Ablauf war der: Zuerst ist die bayerische Landesquote von 17,3 Prozent offiziell festgelegt worden; erst später ist dann die A 7 in die Dringlichkeit I a – die es ja früher gegeben hat – gekommen, dann anfinanziert und mit dem Bau begonnen worden. Jetzt sollen die 17,3 Prozent Landesquote aufrechterhalten bleiben nach dem Willen des Bundesverkehrsministers, die es vor der Einstufung der A 7 in Klasse I a bereits gegeben hat, und wir sollen dann mit den 17,3 Prozent beides finanzieren, nämlich das vorher festgelegte Bauprogramm und die A 7 noch zusätzlich. Das führt dann natürlich zu entsprechenden Verzögerungen.

(Zuruf des Abg. Naumann)

– Nein, Herr Kollege Naumann! Das hat sie gewußt; das ist richtig! Aber das hat sie zu einem Zeitpunkt zu wissen bekommen, als die tatsächliche Mittelzuteilung über den 17,3 Prozent gelegen hat. Wir haben doch in diesen drei Jahren gar keine Veranlassung gehabt, über die offizielle Quote zu verhandeln. Der Bundesverkehrsminister hat uns immer gesagt: Was wollt Ihr denn, Ihr bekommt ja tatsächlich mehr!

Nächste Bemerkung! Herr Kollege Grünbeck, Sie können mir alles mögliche vorwerfen, nur eines nicht, daß ich mich von allem Anfang an nicht bemüht hätte, über die jeweiligen Planungen das Parlament zu informieren.

(Abg. Grünbeck: Das habe ich Ihnen nicht vorgeworfen!)

– Und es ist dann Sache des Parlaments, darüber Beschluß zu fassen. Es ist doch Sache des Ausschusses zu sagen, das ist richtig, oder es ist falsch. In der gemeinsamen Sitzung der drei Ausschüsse haben Sie sich in Ihrer Haltung von Ihrem Kollegen Großer unterschieden. Sie haben zwar bezüglich der A 6 eine Frage gestellt, die Sie besser nicht gestellt hätten, aber das ist eine andere Frage.

(Abg. Grünbeck: Die haben Sie falsch verstanden!)

– Sie haben gefragt, wann die A 6 endlich fertiggebaut wird, und ich habe Ihnen gesagt: Die ist bereits seit Monaten dem Verkehr übergeben worden.

(Heiterkeit)

Das ist ja im Protokoll des Ausschusses nachzulesen.

(Abg. Grünbeck: Da steht was anderes drin, Gott sei Dank!)

Aber darüber wollen wir uns nicht unterhalten. Es ist richtig, daß Sie uns bezüglich der A 7 Ihren Segen gegeben haben, während der Herr Großer das nicht getan hat.

Aber die Ausschüsse können natürlich jederzeit entsprechende Beschlüsse fassen.

Erster Vizepräsident Kamm: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Sieber?

Staatsminister Tandler: Entschuldigung! Ich hatte den Namen „Sieber“ mit „Großer“ verwechselt. Entschuldigung!

(Zuruf)

– Das wird jedem schon einmal passiert sein.

Weiterhin möchte ich zu Herrn Kollegen Stenglein sagen: Es ist richtig, daß wir eine ganze Reihe von Planungen haben, die nicht realisiert werden konnten, weil es Verwaltungsgerichtsprozesse und ähnliches gibt. Die A 7 könnte heute auch nicht auf einmal auf bayerischem und baden-württembergischem Gebiet durchgebaut werden, weil wir noch Hindernisse dieser Art haben.

Nur können Sie, Herr von Truchseß, das doch nicht uns oder der Straßenbauverwaltung in Baden-Württemberg vorwerfen. Das sind nun halt einmal die Möglichkeiten, die vom Bürger genutzt werden. Ob wir davon begeistert sind oder nicht, ist eine andere Frage. Aber wer darüber jammert, sollte nicht gleichzeitig für die Einführung der Verbandsklage sein. Damit würde es nämlich noch wesentlich schlimmer, als es heute bereits ist.

(Zustimmung bei der CSU)

Ich möchte hier auch keine Debatte darüber geführt haben – das ist von meiner Seite aus auch weder hier noch in den Ausschüssen geschehen –, ob es richtig ist, die Haushaltskürzungen des Jahres 1981 auf den Straßenbausektor zu konzentrieren. Immerhin haben wir im Jahr 1981 – diese Zahl ist nun einmal so – noch 45 Prozent des Investitionsvolumens aus dem Jahre 1979 – mit allen Problemen für die Beschäftigung.

Mir geht es gar nicht darum, den Bund dafür zu scheitern, daß er im investiven Bereich in diesem Ausmaß gekürzt hat; diese Auseinandersetzung können wir an anderer Stelle führen. Mir geht es vielmehr darum, daß Bayern den Anteil an dem gekürzten Volumen bekommt, den wir brauchen, damit das Bauen von Bundesfernstraßen nicht total zum Erliegen kommt. Insofern bin ich sehr dankbar, wenn es, wie angekündigt, einen einmütigen Dringlichkeitsantrag aller drei Fraktionen geben wird.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Kamm: Die Aktuelle Stunde ist damit geschlossen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 23:

Neuwahl und Wiederwahl von berufsrichterlichen Mitgliedern

Der Herr Ministerpräsident hat mir mit Schreiben vom 1. Juli 1981 mitgeteilt, daß im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs als Nachfolger für den in Ruhestand getretenen Vizepräsidenten des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs, Herrn Dr. Hans Lersch, der nunmehrige Vizepräsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs, Herr Klaus Werner Lotz, als berufsrichterliches Mitglied vorgeschlagen wird.

Mit gleichem Schreiben hat der Herr Ministerpräsident mitgeteilt, daß die Amtszeit des berufsrichterlichen Mit-

(Erster Vizepräsident Kamm)

glieds Herrn Dr. August Schmidt zum 15. Juli 1981 abläuft. Hier wird die Wiederwahl vorgeschlagen.

Mit Schreiben vom 8. Juli 1981 habe ich die Fraktionen von der anstehenden Neuwahl bzw. Wiederwahl unterrichtet.

Bevor wir in die Wahlhandlung eintreten, hat das Wort zu einer Erklärung nach § 141 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung der Herr Kollege Hiersemann. Bitte, Herr Kollege!

Hiersemann (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Sozialdemokraten in diesem Hause streben seit längerer Zeit eine Änderung des Verfahrens für die Wahl der Mitglieder des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs an. Wir haben deshalb einen Gesetzentwurf zur Änderung der Bayerischen Verfassung und des Verfassungsgerichtshofgesetzes eingebracht. Ziel unseres Gesetzentwurfs ist erstens, die bisher ausreichende einfache Mehrheit im Landtag durch eine Zweidrittelmehrheit zu ersetzen, zweitens die Schaffung eines Auswahlverfahrens, das allen Seiten dieses Hauses eine Mitarbeit ermöglicht, und drittens der Abbau unerträglicher Inkompatibilitäten bei den nicht berufsrichterlichen Mitgliedern.

Das heißt, die Sozialdemokraten in diesem Hause wollen für Bayern keine andere Rechtssituation schaffen, wie wir sie im Bund haben und wie sie von den Vertretern der CDU und CSU – auch der CSU! – im Bundestag selbstverständlich und gern in Anspruch genommen wird. Die Mehrheitsfraktion in diesem Hause, die CSU-Fraktion, verweigert der Opposition jedoch die Rechte, die sie im Bund in Anspruch nimmt. Bis heute ist unser Gesetzentwurf hier noch nicht verabschiedet worden.

Wir sehen deshalb leider keine Möglichkeit, der Wahl heute zuzustimmen. Wir bleiben damit bei dem Verhalten bei vergangenen Abstimmungen. Die Sozialdemokraten werden wie bisher mit Nein votieren. Dies hat nichts mit den zur Abstimmung stehenden Persönlichkeiten zu tun; das will ich sehr deutlich herausstellen. Es hat vielmehr einzig und allein etwas damit zu tun, daß die SPD meint, daß das bisherige Verfahren nicht länger angenommen werden darf.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Kamm: Wir treten in die Wahlhandlung ein. Wer mit der Wahl des Herrn Klaus Werner Lotz als berufsrichterliches Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke! Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Mit Mehrheit so beschlossen. Damit ist Herr Klaus Werner Lotz als berufsrichterliches Mitglied gewählt.

Wer mit der Wiederwahl des Herrn Dr. August Schmidt einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke! Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Herr Dr. Schmidt ist damit wiedergewählt.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 2: Erste Lesung zum

Antrag der Abgeordneten Lang und Fraktion, Dr. Rothmund und Fraktion und Jaeger und Fraktion betreffend Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Bayerischen Landtags (Bayerisches Abgeordnetengesetz) – Drucksache 8796 –

Wird dieser Gesetzentwurf von den Antragstellern begründet? – Das ist nicht der Fall. In Übereinstimmung mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf zu überweisen dem Ausschuß für Geschäftsordnung und Wahlprüfung, dem Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen und dem Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen. – Damit besteht Einverständnis. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 3:

Haushalt für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung für die Haushaltsjahre 1981/82 (Einzelplan 10)

Hier berichtet der Herr Kollege Zenz über die Beratungen im Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drucksache 8728). Bitte, Herr Kollege!

Zenz (CSU), Berichterstatter: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Haushaltsplan für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung – Einzelplan 10 – in seiner Sitzung vom 14. Mai 1981 beraten. Mitberichtersteller war Kollege Dr. Kaiser.

Grundlage der Beratung im Ausschuß waren der Haushaltsentwurf, das Senatgutachten und drei Nachschublisten des Finanzministeriums.

Im allgemeinen Bericht gab ich einen kurzen Überblick über den Einzelplan 10, dessen Ausgabevolumen im vorliegenden Entwurf von 975,217 Millionen DM im Jahre 1981 auf 1053,135 Millionen DM steigt und damit erstmals über der Milliardengrenze liegt. Die formale Steigerungsrate beträgt 1981 gegenüber 1980 0,1 Prozent und 1982 gegenüber 1981 8,0 Prozent. Die Prozentzahlen sind nicht sehr aussagekräftig, weil darin Minderungen bei den gesetzlichen Leistungen mit Erhöhungen bei den freiwilligen Leistungen saldiert sind. Die freiwilligen Leistungen des Etats des Arbeitsministeriums liegen mit 9,3 Prozent Steigerung im Jahr 1981 gegenüber 1980 und 6,7 Prozent im Jahr 1982 gegenüber 1981 jeweils ganz beachtlich über den Steigerungsraten des Gesamthaushalts.

Zu den Schwerpunkten des Etats! Um einen Überblick über die tatsächlichen Bewilligungsmöglichkeiten in diesem Bereich zu bekommen, sind beim Landesplan für Behinderte den Ausgabensätzen für 1981 von 25 Millionen DM und für 1982 von 21 Millionen DM zunächst einmal die Mittel aus der Ausgleichsabgabe von jährlich rund 59 Millionen DM, das Pflegegeld für Zivilblinde von 121,2 bzw. 133 Millionen DM sowie die Mittel für die Sozialversicherung für Behinderte von 30 bzw. 33 Millionen DM und die Verbesserung der psychiatrischen Versorgung mit 8 bzw. 13 Millionen DM einschließlich der Ansätze im Einzelplan 10 hinzuzurechnen.

(Zenz [CSU])

Damit ergibt sich 1981 ein Haushaltsvolumen von rund 243 Millionen DM gegenüber 237 Millionen DM im Jahr 1980; im Jahr 1982 ist eine weitere Steigerung auf rund 259 Millionen DM zu verzeichnen.

Hinzuzurechnen ist weiterhin der Ausgabereist aus der Ausgleichsabgabe in Höhe von rund 130 Millionen DM. Wie Ihnen allen bekannt ist, hat das Bundesverfassungsgericht inzwischen die Ausgleichsabgabe für verfassungskonform erklärt. Mit dem Eingang weiterer, bisher rückständiger Ausgleichsabgabemittel sowie mit zusätzlichen Mitteln aus der ab 1. Januar 1981 möglichen verzinslichen Anlegung der Rücklagenmittel im Gesamtbeitrag von etwa 30 Millionen DM kann deshalb gerechnet werden.

Weiterer Schwerpunkt ist das Pflegegeld für Zivilblinde, bei dem es sich um eine einmalige Leistung des Freistaates Bayern handelt, die bereits seit 1949 gewährt wird. Die ab 1979 geltenden Verbesserungen bei der Freifahrt für Behinderte im öffentlichen Nahverkehr haben sich spürbar niedergeschlagen. Die Ansätze hierfür erhöhen sich von 26 Millionen DM im Jahr 1981 auf 38,9 Millionen DM im Haushalt 1982.

Der Haushaltsansatz für die Sozialversicherung Behinderter steigt von 24 Millionen DM im Jahre 1980 auf 30 Millionen DM im Jahre 1981 und 33 Millionen DM im Jahre 1982.

Die Ausbildungsförderungsprogramme für Sonderschüler, die seit 1976 laufen, sollen auch 1981/82 fortgeführt werden.

Für die Ausbildungsförderungsprogramme für strukturschwache Gebiete von 1967 bis 1980 sind 1981 14 Millionen DM und 1982 8,4 Millionen DM veranschlagt. Zur Frage – das ergab die Debatte im Haushaltsausschuß –, ob 1981 ein weiteres Ausbildungsförderungsprogramm aufgelegt werden soll, ist festzustellen, daß Ende 1980 in Bayern 15 400 Ausbildungsplätze mehr als im Vorjahr unbesetzt gewesen sind und diesen unbesetzten Ausbildungsstellen zum gleichen Zeitpunkt 3500 Bewerber weniger als im Vorjahr gegenübergestanden haben und nach den Erhebungen des Kultusministeriums der Anteil der Berufsschüler ohne Ausbildungsverhältnis 1980 den niedrigsten Stand der letzten 15 Jahre aufgewiesen hat.

Zur psychiatrischen Versorgung ist zu sagen, daß der Haushaltsansatz 1981 gegenüber 1980 von 3 Millionen DM auf 6 Millionen DM verdoppelt wurde und 1982 weiter auf 10 Millionen DM ansteigt.

Der Ansatz für die Betreuung ausländischer Arbeitnehmer ist im Entwurf des Einzelplans 10 in den Jahren 1981 und 1982 gegenüber 1980 von 2,6 Millionen DM auf je 3,5 Millionen DM, d. h. um 34,6 Prozent, erhöht worden. Trotz dieser beachtlichen Steigerungsraten sind wir darüber einig, daß weitere Verbesserungen wünschenswert sind. Dem Antrag der CSU, durch Umschichtung von Ausgabemitteln innerhalb des Einzelplans 10 für die Betreuung ausländischer Arbeitnehmer zusätzlich jährlich 1,5 Millionen DM aufzubringen, wurde vom Ausschuß einstimmig zugestimmt.

Beim Landesplan für Altenhilfe steigen die Ansätze von 41 Millionen DM im Jahre 1980 auf 46 Millionen DM im

Jahre 1981, die durch eine auf 40 Millionen DM erhöhte Verpflichtungsermächtigung ergänzt werden. Wir haben bei der Beratung den Herrn Staatsminister Dr. Pirkl gebeten, er möge diese Verpflichtungsermächtigung stärker für Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen in Anspruch nehmen, da auf diese Weise schneller die notwendigen Plätze geschaffen werden können und manches Altenheim früher auf den notwendigen sozialen Stand gebracht werden könnte.

Die Ansätze für die Sozialen Dienste steigen im Jahr 1980 um 1 Million DM auf 9,8 Millionen DM und im Jahr 1982 gegenüber 1981 um weitere 1,2 Millionen auf 11 Millionen DM. Mit den verbesserten Ansätzen wird es – hoffentlich – möglich sein, die Förderbeträge pro Pflegekraft anzuheben und zusätzliche Pflegekräfte zu gewinnen und zusätzliche Sozialstationen zu fördern.

Weitere Schwerpunkte des Etats des Arbeitsministeriums sind das Familienprogramm, die Zuschüsse an die Landesstiftung „Hilfe für Mutter und Kind“ und die Förderung der vorbeugenden Jugendhilfe einschließlich der dort vorgesehenen Haushaltsverbesserungen.

Zum Darlehen „Junge Familie“ ist darauf hinzuweisen, daß sich die Zinszuschüsse und Tilgungsbeihilfen hierfür zum größten Einzelförderposten des Einzelplans 10 entwickelt haben. Die Haushaltsmittel sind von 64,4 Millionen DM im Jahre 1980 um 31,6 Prozent auf 87,7 Millionen DM im Jahre 1981 angestiegen und werden sich um weitere 22,7 Prozent auf 107,6 Millionen DM erhöhen. Für die Zinszuschüsse und Tilgungsbeihilfen sind für 1981 Mehrbeträge von insgesamt 3,8 Millionen DM und für 1982 von 8,9 Millionen DM vorgeschlagen worden, um dem Mehrbedarf durch Erhöhung der Kreditmarktzinsen und durch die erhöhte Inanspruchnahme gegenüber den Vorberechnungen gerecht zu werden.

Die Krankenhausfinanzierung und Krankenhausplanung, wohl beheimatet im Einzelplan 10, brauche ich hier nicht weiter zu erwähnen. Sie finden ihren Niederschlag im Einzelplan 13, der am Donnerstag hier ausgiebig beraten werden wird. Auch zu dieser Frage wird dort ganz sicher Stellung genommen werden.

Dem Einzelplan 10 wurde in der Schlußabstimmung gegen die Stimmen von SPD und FDP mehrheitlich zugestimmt. Die vom Haushaltsausschuß beschlossenen Änderungen ergeben sich aus der Drucksache 8728; ich brauche sie deshalb nicht näher zu erläutern.

Ich bitte Sie, dem Einzelplan 10 in der vom Haushaltsausschuß beschlossenen Fassung zuzustimmen. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Kamm: Vielen Dank für die Berichterstattung. Das Wort hat der Herr Staatsminister für Arbeit und Sozialordnung.

(Abg. Moser: Wo ist denn die CSU-Fraktionsspitze? Die hat wohl kein Interesse an diesem Haushalt!)

Staatsminister Dr. Pirkl: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Hohes Haus! Ich kann dem Hohen Haus heute einen Haushaltsentwurf vorle-

(Staatsminister Dr. Pirkel)

gen, der für das Jahr 1981 mit fast 1 Milliarde DM und für das Jahr 1982 mit über 1 Milliarde DM abschließt.

Mit diesem Haushalt kann die Staatsregierung ihre erfolgreiche bayerische Sozialpolitik, vor allem die bewährten sozialpolitischen Programme, fortsetzen. Ich gebe zu: Dieser Etat erfüllt zwar nicht alle meine Wünsche, ermöglicht aber doch die Erfüllung aller dringlichen sozial- und gesundheitspolitischen Aufgaben.

Blickt man auf die nominelle Ausgabensteigerung von 974 Millionen DM im Jahr 1980 auf 975 Millionen DM 1981 und 1053 Millionen DM im Jahr 1982, dann mögen vorschnelle Kritiker vielleicht von einer Stagnation sprechen. Eine solche Kritik würde aber die Sonderumstände nicht berücksichtigen, die dazu führen, daß wir bei den nicht gesetzlich festgelegten Leistungen erhebliche Steigerungsraten erreichen und gleichzeitig unsere gesetzlichen Verpflichtungen voll erfüllen können.

Bei einer Reihe von gesetzlichen Leistungen konnten nämlich die Ansätze 1981 gegenüber 1980 um insgesamt 48 Millionen DM zurückgenommen werden, weil sich dort nach den im Haushaltsvollzug gewonnenen Erfahrungen ein geringerer Bedarf als zunächst angenommen ergeben hat. Wenn ich hier die traditionelle Unterscheidung in gesetzliche und nicht gesetzlich festgelegte Leistungen verwende, dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, nur aus haushaltstechnischen Gründen, nicht etwa, weil in der Sache eine Unterscheidung geboten wäre. Denn die nicht gesetzlich festgelegten Leistungen meines Hauses oder auch anderer Häuser stehen in ihrer politischen Bedeutung den sogenannten gesetzlichen Leistungen meines Hauses oder anderer Häuser nicht nach. Das sehen Sie etwa, wenn Sie die Ausgaben für die Altenheime mit den Unterhaltungsvorschußkosten vergleichen. Wer wollte ernstlich fordern, daß die Leistungen für unsere älteren Mitbürger eher eingespart werden könnten als die Aufwendungen für die Unterhaltungsvorschußkassen, obwohl die ersteren zu den sogenannten freiwilligen und die letzteren zu den gesetzlichen zu rechnen sind! Zieht man diese besonderen Umstände in Betracht, dann steigen die sogenannten freiwilligen Sozialleistungen, wie vorhin schon der Herr Berichterstatter ausgeführt hat, in Bayern 1981 gegenüber 1980 um 11,1 Prozent und 1982 gegenüber 1981 um 8,3 Prozent. Dieser Zuwachs liegt, meine sehr verehrten Damen und Herren, deutlich über der Preissteigerungsrate und zeigt, daß die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Fraktion gerade in der Sozialpolitik wissen, was sie unseren Bürgern schuldig sind.

(Beifall bei der CSU – Abg. Meyer Otto: Sehr richtig!)

Mit einem Blick auf den Bundeshaushalt möchte ich hinzufügen: Mein Ressort wird mit dem Ihnen heute vorliegenden Haushalt im Jahre 1982 nicht nur über mehr als 1 Milliarde DM für soziale Leistungen verfügen, sondern über 1 Milliarde DM, die auch solide finanziert ist. Wir werden in Bayern mit diesem Haushalt bewährte sozialpolitische Leistungen fortführen und gleichzeitig neue Akzente setzen können, obwohl die bundespolitischen Rahmenbedingungen für die Sozialpolitik sehr ungünstig sind und obwohl sich die sozialpolitische Großwetterlage wesentlich verschlechtert hat.

Im Mittelpunkt dieser schlechteren Rahmenbedingungen steht die negative wirtschaftliche Entwicklung mit einem dramatischen Abwärtstrend auf dem Arbeitsmarkt. In Anbetracht der gegenwärtig 1,2 Millionen Arbeitslosen muß man doch rückblickend sagen: Hätte es die gegenwärtige Bundesregierung doch wenigstens vermocht, die Arbeitslosenzahlen nicht höher als in dem damals von ihr so sehr kritisierten Rezessionsjahr 1967 ansteigen zu lassen – damals hatten wir rund 460 000 Arbeitslose –

- dann würde die Rentenversicherung jährlich fast 1 Milliarde DM mehr einnehmen,
- dann würden die Beitragseinnahmen in der Krankenversicherung jährlich um 660 Millionen DM höher sein,
- dann würde die Bundesanstalt jährlich rund eine halbe Milliarde mehr einnehmen und – was nicht weniger schwer wiegt –
- es würden Ausgaben für Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe einschließlich der Beiträge zur Rentenversicherung und zur Krankenversicherung in Höhe von rund 8 Milliarden DM jährlich entfallen,
- die Lohnsteuereinnahmen wären jährlich um 1,15 Milliarden DM höher und
- es könnten Mehrausgaben für Wohngeld von mehr als 130 Millionen DM entfallen.

(Abg. Meyer Otto: Hört, hört!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unter solchen Voraussetzungen bräuchten wir heute weit weniger Sorgen um die Haushalte des Bundes, der Länder und auch der Sozialversicherungsträger zu haben.

(Beifall bei der CSU)

Mit ihrem Versagen in der Arbeitsmarktpolitik hat die Bundesregierung aber nicht nur das Vertrauen vieler heute Arbeitsloser verspielt. Sie hat durch Manipulation und Unaufrichtigkeit ebenso das Vertrauen unserer Bürger in die Solidität von Rentenversicherung und Krankenversicherung erheblich erschüttert. Ich frage Sie: Wann hat es jemals vor der Regierungszeit der sogenannten sozial-liberalen Koalition soviel berechtigte Sorge um die Zukunft unserer sozialen Sicherung und insbesondere um die Zukunft der Renten gegeben?

(Beifall bei der CSU)

Die Bundesregierung hat doch nur mit immer neuen, empfindlichen Leistungskürzungen, einem vorübergehenden Abgehen von der bruttolohnbezogenen Rente und einer fast völligen Aufzehrung der Rücklagen die Bilanz gerade noch ausgleichen können.

Ebenso wie in der Rentenversicherung ist der Bund in den letzten Jahren auch seiner Verantwortung in der Krankenversicherung nicht gerecht geworden. Auch das kann ein Landessozialminister in seiner Haushaltsrede nicht ohne Kommentar übergehen. Denn der Landessozialminister wird doch zunächst gefragt, warum die Beitragssätze steigen, warum die Pflegesatzverhandlungen schwieriger werden. Die Situation der Krankenversicherung ist eben eng verbunden mit einer Fülle von gesundheitspolitischen Aufgaben in den Län-

(Staatsminister Dr. Pirkel)

dern. Man muß sich eigentlich wundern, daß die Bundesregierung bis heute nicht die geringste Konsequenz aus dem Scheitern ihrer Kostendämpfungsbemühungen gezogen hat.

Wenn von den schlecht gelösten oder gänzlich ungelösten bundespolitischen Problemen im Bereich der Sozialpolitik die Rede ist, darf wohl das große Problem des Pflegekostenrisikos nicht unerwähnt bleiben. Bis heute läßt nämlich der Bund die Länder mit dieser Aufgabe allein. Immer mehr Hochbetagte werden zu Pflegefällen. So waren 1980 von den rund 74000 in bayerischen Seniorenheimen wohnenden Personen nicht weniger als 21000 pflegebedürftig. Und da die Kosten für diese Pflegefälle bereits zwischen 60 und 90 DM pro Tag liegen, werden immer mehr Pflegefälle zu Sozialhilfefällen. So sind in Bayern schon 70 Prozent der Alten- und Pflegeheimbewohner auf Sozialhilfe angewiesen, auf eine Sozialhilfe, die neben den überörtlichen Trägern der Sozialhilfe auch von den örtlichen Trägern erstattet werden muß, die also auch bei den Länderfinanzen zu Buche schlägt.

Ich halte es durchaus für denkbar, einen Einstieg in die Lösung des Problems zu verwirklichen, indem in einer großen, globalen Lösung an anderer Stelle Einsparungen vorgenommen werden. Hier steht aber der Bund in der Verantwortung, denn eine solche Lösung muß bundeseinheitlich erfolgen. Wenn man – wie derzeit in der diesbezüglichen Bund-Länder-Arbeitsgruppe erörtert wird – vornehmlich eine krankensicherungsrechtliche Lösung sucht, müßte ohnehin das Bundesrecht geändert werden.

Ich sage heute zum wiederholten Male vor diesem Hohen Haus, daß richtige Sozialpolitik fraglos die Aufgabe hat, die Schwächeren in unserer Gesellschaft zu schützen, der Jugend optimale Startchancen zu geben und soziale Gerechtigkeit immer weiter auszubauen. Zum wiederholten Male sage ich aber für die CSU, daß es auch und gerade Aufgabe der Sozialpolitik ist, an den mit Steuern und Abgaben stark belasteten Arbeitnehmer zu denken.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Um hier keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Die Zukunft der Sozialpolitik darf keineswegs so aussehen, daß ohne Maß und Ziel Sozialleistungen gekürzt werden. Aber wir dürfen auch nicht zulassen, daß die Redlichen, und zwar gerade die wenig Verdienenden, von Unredlichen ausgebeutet werden. In Zukunft muß auch in der Sozialpolitik noch genauer als in der Vergangenheit überlegt werden, ob die sozialen Leistungen der öffentlichen Hand in einem vernünftigen Verhältnis zu der Einschränkung der finanziellen Dispositionsfreiheit stehen, die wir dem steuer- und beitragszahlenden Arbeitnehmer damit zumuten müssen. Eine ganz besondere Aufgabe für uns alle und für jeden einzelnen von uns in seiner politischen Verantwortung wird es sein, an diese Zusammenhänge in der Zukunft noch deutlicher zu erinnern, als dies in der Vergangenheit geschehen ist.

(Zustimmung des Abg. von Prümmer)

Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien sind in ihrer Sozialpolitik bisher jeden Beweis dafür schuldig geblieben, daß sie bereit sind, aus diesem doch offensichtlichen Dilemma der Sozialpolitik der 80er Jahre Konsequenzen zu ziehen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Was tut die Bundesregierung statt dessen?

Sie versucht noch immer, sich sozialer zu geben, als es die Staatsfinanzen zulassen. Im Wahlkampf des Jahres 1980 haben ihre Redner den Bürgern noch immer gesagt, das soziale Netz sei in bester Ordnung und könne sogar noch engmaschiger geknüpft werden, obwohl sich doch schon damals die Finanzmisere abgezeichnet hat. Und in diesen Tagen überschlagen sich die Meldungen aus Bonner Regierungskreisen über Einsparungs- und Kürzungspläne in fast allen Bereichen der sozialen Sicherung. Das heißt, die Bonner Regierung kann nur mehr reagieren, sie handelt nicht mehr.

(Beifall bei der CSU)

Wenn wir der Bonner Regierung Unwahrhaftigkeit vorwerfen, dann gerade deshalb, weil sie von diesen Tatbeständen, von denen sie auch schon im vorigen Herbst Kenntnis hatte, in der Wahlauseinandersetzung nicht nur nichts gesagt hat, sondern immer wieder diejenigen angegriffen hat – manchmal sogar in der unerhörtesten Weise, wie unseren Ministerpräsidenten –, die den Bürgern damals klar, redlich und wahrheitsgemäß gesagt haben, wie es um die Staatsfinanzen steht.

Meine Damen und Herren! Wo stehen wir heute?

- Die Arbeitslosenzahlen steigen.
- Die Kostendämpfung im Gesundheitswesen ist gescheitert.
- Die Rentenreform kommt nicht voran.
- Die Vermögensbildung stagniert.
- Über Mißbräuche der sozialen Sicherung wird nur geredet.

Die Bundesregierung wird, so kann man zusammenfassend sagen, von ihren Versprechungen überholt. Sie sollte endlich zugeben, daß nicht der sozialer ist, der ständig leere Versprechungen macht, sondern derjenige, der ehrlich genug ist, zu sagen, was wirklich notwendig und machbar ist.

(Beifall bei der CSU)

Lassen Sie mich, meine sehr verehrten Damen und Herren, nach diesen zentralen sozialpolitischen Themen, die uns vor allem im Bundesrat, in unserer Zusammenarbeit mit dem Bund und in ihren Auswirkungen auf unsere Politik beschäftigen, auf einige Schwerpunktaufgaben etwas näher eingehen.

Das ist zunächst der Arbeitsmarkt. In den 15 Jahren, in denen ich als Arbeits- und Sozialminister in Bayern das Arbeitsmarktgeschehen verfolge, hat sich die bundesweite Arbeitsmarktentwicklung noch nie so ungünstig dargestellt wie heute. Da wir davon ausgehen müssen, daß wir mit 1,12 Millionen Arbeitslosen im Bund und 170000 in Bayern Ende Juni dieses Jahres den jahreszeitlichen Bestpunkt erreicht haben, müssen wir für

(Staatsminister Dr. Pirkli)

1981 mit einer bundesweiten durchschnittlichen Arbeitslosigkeit von ca. 1,2 Millionen Arbeitslosen und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit im kommenden Winter auf mindestens 1,4 Millionen rechnen.

Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesarbeitsminister haben seit 1975 wiederholt eine wesentliche Besserung für den Arbeitsmarkt vorausgesagt. So auch noch für das Jahr 1981. Die damit geweckten Erwartungen wurden aber immer wieder enttäuscht. Vorübergehende Besserungserscheinungen stellten sich in den vergangenen Jahren stets nur als Zwischenstationen einer stufenweisen Abwärtsentwicklung dar.

Der im Jahr 1981 zu erwartende Produktivitätsfortschritt von ca. 2 Prozent, das noch wachsende Beschäftigungspotential im Bund von jährlich ca. 180 000 Personen und der ebenfalls weiter anhaltende Trend in der Zunahme der Erwerbstätigkeit der Frauen erfordern ein Wachstum von 4 Prozent, wenn die Arbeitslosigkeit im nächsten Jahr abnehmen soll. Aus heutiger Sicht, meine Damen und Herren, erscheint es ausgeschlossen, daß wir in absehbarer Zeit wieder Wachstumsraten in dieser Größenordnung erreichen werden.

Besonders bedenklich wird die arbeitsmarktpolitische Situation aber heute aus zwei Gründen:

- Zum einen fehlen der öffentlichen Hand die Mittel für eine antizyklische, wachstumsfördernde Politik, da die Verschuldungspolitik der vergangenen Jahre der Bundesregierung jetzt, in den Zeiten der Not, jeden Handlungsspielraum genommen hat.

(Beifall bei der CSU)

- Zum anderen sind die Finanzreserven der Sozialpolitik aufgebraucht. Die leeren Kassen hindern zum Beispiel die Bundesarbeitsverwaltung, das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium, das ihr gesetzlich eingeräumt ist, in dem erforderlichen tatsächlichen Umfang einzusetzen. Man hat eben in guten Zeiten zuviel Geld verbraucht, so daß man jetzt in den schlechteren und schlechten Zeiten keine Möglichkeit mehr hat, haushaltswirksam gegenzusteuern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was war es denn, was der Bayerische Ministerpräsident der Bundesregierung im Laufe der zurückliegenden Jahre immer vorgehalten hat? Gerade dieser Tatbestand, daß Zeiten kommen, in denen wir eine solide Haushaltspolitik der zurückliegenden Jahre bitter nötig hätten, um dann das staatspolitisch Notwendige tun zu können!

(Beifall bei der CSU)

Die Veränderungen, die sich seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre ergeben haben, lassen sich nur als dramatisch bezeichnen. Hierzu nur einige Schlaglichter:

- Die höchste durchschnittliche Arbeitslosigkeit in den 60er Jahren gab es mit 460 000 Arbeitslosen und einer Quote von 2,1 Prozent im Jahre 1967.

Es hat damals übrigens, wie wir ja wissen, zu sehr gravierenden politischen Konsequenzen geführt. Demgegenüber hatten wir seit 1975 fünf Jahre lang Arbeitslosenzahlen von über 1 Million bzw. knapp unter 1 Million, wobei der Bestpunkt 1979 mit einer jahresdurchschnittli-

chen Arbeitslosigkeit von „nur“ 876 000 oder 3,8 Prozent lag.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir mit 1967 vergleichen, wird uns eigentlich erst klar, wohin wir 1975 und in den folgenden Jahren geraten sind.

(Abg. Karl Heinz Müller: Das können Sie leider nicht vergleichen!)

- Genau das müssen wir vergleichen, und wir könnten auch Zitate aus den damaligen Jahren bringen. Es würde wahrscheinlich Sie und Ihre politischen Freunde einigermaßen konsternieren, was zum Beispiel damals der jetzige Bundeskanzler zu der Arbeitsmarktlage gesagt hat, als die Arbeitslosenquote bei 2,1 Prozent lag.

- Die anhaltend ungünstige Arbeitsmarktentwicklung hat entscheidend dazu beigetragen, daß das Ausgabenvolumen der Bundesanstalt für Arbeit, das in den Jahren 1967 bis 1970 jeweils bei rund 3 Milliarden DM gelegen hatte, um 500 Prozent angewachsen ist.

- Die Rücklage der Bundesanstalt für Arbeit, die 1970 noch rund 6 Milliarden DM betragen hatte, ist im gleichen Zeitraum auf rund 500 000 DM, das heißt praktisch auf Null, zusammengeschmolzen.

- Und schließlich ist der Bedarf an Bundeszuschüssen 1981 auf knapp 8 Milliarden DM angewachsen und wird 1982 voraussichtlich fast 11 Milliarden DM betragen.

(Abg. Karl Heinz Müller: In den Selbstverwaltungsgremien sitzen doch Mitglieder der Bayerischen Staatsregierung!)

- Herr Kollege Müller, die Selbstverwaltung kann nur aufgrund der gegebenen Gesetze wirken. Die gegebenen Gesetze sind es, die den Spielraum der Selbstverwaltung bestimmen. Die Selbstverwaltung hat keine Möglichkeit einer Selbstgestaltung. Die Selbstverwaltung der Bundesanstalt für Arbeit kann weder Finanz- noch Konjunkturpolitik des Bundes beeinflussen, und darauf käme es an.

(Beifall bei der CSU - Abg. Karl Heinz Müller: 54 Prozent der Ausgaben haben nichts mit Arbeitslosen zu tun!)

- Es sind aber Ausgaben, die durch Gesetz bestimmt und gefordert sind, auch wenn sie nicht in unmittelbarem und engstem Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit stehen wie meinetwegen die Ausgaben für Berufsberatung und ähnliches.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn es um den Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und sozialem Netz geht, dann dürfen wir nicht nur im Auge haben, wie ich es gerade getan habe, ob die Bundesanstalt die wesentlichen Leistungen erbringen kann. Nein, dem Arbeitnehmer selbst kommt es doch darauf an, überhaupt nicht arbeitslos zu werden. Die Durchlöcherung des sozialen Netzes liegt schon darin, daß heute im Vergleich zu 1967 700 000 Personen mehr ohne Arbeit sind und sich damit ihren Lebensunterhalt nicht selbst verdienen können.

Wenn die Arbeitsmarktentwicklung den Voraussagen der Sachverständigen entsprechend weiter so ungünstig verläuft, dann sind meines Erachtens weitere Teile des

(Staatsminister Dr. Pirkl)

sozialen Besitzstandes oder die Hilfen zum Wiedererlangen eines Arbeitsplatzes, die Maßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Qualifikation und sogar die bisherige Absicherung im Falle der Arbeitslosigkeit bei der Haushaltslage der Bundesanstalt für Arbeit erheblich gefährdet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Gefahren sind nicht neu. Dennoch hat die Bundesregierung bisher nicht gesagt, wie die Zukunft der Arbeitsmarktpolitik aussehen soll.

Wenn sie Wege aufzeigt, wird sie in Rechnung stellen müssen, daß die Arbeitslosenversicherung von Beitragshöhe, Leistungsdauer und ihrer sonstigen Ausgestaltung her lediglich geeignet ist, das normale Arbeitsmarktrisiko des einzelnen Arbeitnehmers sowie kurzfristige strukturelle, saisonale oder konjunkturelle Beschäftigungsschwankungen abzudecken. Für die Bundesanstalt wäre sicher am einfachsten eine Sanierung über eine grundlegende und dauerhafte konjunkturelle Aufwärtsentwicklung, die eine deutliche Reduzierung der Ausgaben für durch Arbeitsmangel verursachte Leistungen zur Folge hätte.

Hier stehen jedoch die Aussichten gerade eben auch – und ich muß es noch einmal sagen – wegen der nach unserer Überzeugung im Grundansatz verfehlten Wirtschafts- und unsoliden Finanzpolitik der Bundesregierung nicht gut. Allein Hunderttausende von Arbeitslosen kämen wieder in Arbeit, wenn der wegen fehlender Grundsatzentscheidungen der Bundesregierung aufgetretene Investitionsstau aufgelöst würde. Wir haben schon über einen dieser Investitionsstaus geredet. Der Gesamtinvestitionsstau beläuft sich nach Schätzungen namhafter Wissenschaftler und Wirtschaftsvertreter auf 30 bis 100 Milliarden DM. Den Arbeitsmarkt spürbar beleben würden auch eine bessere Forschungs- und Investitionsförderung und die Weiterführung einer großen Zahl staatlicher Projekte, vom Hochschulbau über den Krankenhausbau bis hin zum Straßenbau.

In diesen Zusammenhang gehört auch unsere Sorge um moderne Technologien im Bereich der Energiegewinnung, wo die Bundesregierung vor Jahren nicht getan hat, was heute arbeitsmarktpolitische Möglichkeiten ganz besonderer Art eröffnen würde.

(Beifall bei der CSU)

Hier steht der Bund mit dem Rücken zur Wand, weil er im konsumtiven Bereich unverantwortlich hohe Schulden in einer Zeit gemacht hat, in der der Staatshaushalt hätte saniert werden müssen. Das werden die Haushaltsberatungen des Bundes im Herbst dieses Jahres, wie wir jetzt schon vermuten können, erneut in dramatischer Weise zeigen.

Natürlich müssen, ich habe dies schon betont, gleichzeitig Wildwüchse und Mißbrauchsmöglichkeiten abgebaut werden. Doch ist allein dadurch eine Sanierung zum Beispiel der Bundesanstalt nicht zu erreichen, auch nicht über eine da und dort andiskutierte Kürzung des Arbeitslosengeldes.

(Abg. Karl Heinz Müller: Kommt ja nicht!)

die sich schon mit dem der Arbeitslosenversicherung zugrunde liegenden Prinzip, eben der Versicherung, in keiner Weise vertragen würde. – Herr Kollege Müller, ob was kommt oder nicht kommt, es ist ja gerade die Unsicherheit, vor der wir stehen. Nirgendwo im Laufe der zurückliegenden Zeit haben wir ein klares Wort gehört. Auf der letzten Arbeitsministerkonferenz war weder der Bundesfinanzminister noch sonst jemand da, der den Arbeitsministern der Länder auch nur einigermaßen Andeutungen hätte machen können, worauf wir uns tatsächlich einzustellen haben.

(Abg. Karl Heinz Müller: Sie wissen auch warum!)

– Warum? Weil sich die Bundesregierung eben nicht einig ist und weil sie in diesen Fragen nicht mehr agieren, sondern eben nur noch reagieren kann, wie ich vorhin ausgeführt habe; deshalb diese Unsicherheit.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! 68 Prozent des vorher bezogenen tariflichen Nettolohnes sind im übrigen für die betroffenen Arbeitslosen, insbesondere für einen Familienvater mit Kindern, wahrhaftig alles andere als eine großzügige finanzielle Absicherung, mit der es sich längere Zeit bequem leben ließe, einmal abgesehen davon, daß diese Leistung nur ca. 37 Prozent des Haushalts der Bundesanstalt beansprucht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Haus wird auch in den kommenden Haushaltsjahren seine arbeitsmarktpolitischen Bemühungen in dem schmalen Rahmen, der einem Landesarbeitsministerium hier eröffnet ist, weiter fortsetzen. Ich nenne nur die im Zusammenwirken mit der Bundesanstalt für Arbeit und dem Bund durchgeführten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die individuelle und institutionelle Förderung der beruflichen Bildung im Rahmen des bewährten Bayerischen Berufsförderungsprogramms, die Modellversuche zur Wiedereingliederung von Frauen in den Arbeitsmarkt, die Mitwirkung im Rahmen der Bundesgesetzgebung sowie die Arbeitsmarktforschung. Die große Wende auf dem Arbeitsmarkt kann jedoch nicht von einem Land, geschweige denn von der Arbeitsmarktpolitik eines Landes herbeigeführt werden. Allerdings, meine Damen und Herren, und lassen Sie mich auch das ganz nachdrücklich sagen, dürfen wir es wohl als Erfolg unserer Struktur- und Arbeitsmarktpolitik buchen, daß Bayern sich in der Beschäftigungssituation unter den Bundesländern seit Mitte der siebziger Jahre auf den drittbesten Platz vorgearbeitet hat, während es noch in den sechziger Jahren das Schlußlicht auf dem Arbeitsmarkt gewesen ist. Das ist ein Erfolg bayerischer Wirtschafts-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik, auf den wir stolz sind.

(Abg. Karl Heinz Müller: Nachdem Sie vorher Schlußlicht waren! – Beifall bei der CSU)

In engem Zusammenhang mit den Arbeitsmarktfragen stehen die Probleme der Betreuung der bei uns lebenden ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen. Auf diesen Komplex brauche ich heute nicht näher einzugehen, da wir die damit zusammenhängenden Fragen erst am 25. März dieses Jahres in einer ganztägigen Debatte behandelt haben. Ich möchte mich dafür bedanken, daß – wohl auch als Er-

(Staatsminister Dr. Pirkle)

gebnis dieser Debatte – die Mittel für Maßnahmen zur Betreuung und Eingliederung der ausländischen Mitbürger im vorliegenden Doppelhaushalt auf 5 Millionen DM angehoben und damit beinahe verdoppelt werden konnten. Ich bin sicher, daß wir damit einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Situation der bei uns lebenden Ausländer leisten können. Darüber hinaus muß aber gesagt werden, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß der Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung vor allem in den Ballungszentren bereits eine kritische Grenze erreicht hat. Sie zu überschreiten, würde nicht nur für die ausländischen Mitbürger, sondern auch für die einheimische Bevölkerung zu immer schwieriger löslichen Problemen führen. Auch hier sind neue Weichenstellungen überfällig.

Auch in den achtziger Jahren bleibt die Sorge für unsere älteren Mitbürger eine Schwerpunktaufgabe der Bayerischen Staatsregierung. Schon die Größenordnung dieser Bevölkerungsgruppe deutet den Umfang der Aufgabe an: Bereits heute sind fast 1,7 Millionen Bürger oder 15,3 Prozent unserer Gesamtbevölkerung über 65 Jahre. Zählt man die Gruppen der 55jährigen bis 65jährigen hinzu, dann sind es nochmals gut 1 Million Personen oder etwa 10 Prozent der Bevölkerung.

In der stationären Altenhilfe, also in der Versorgung mit Heim- und Pflegeplätzen, haben wir inzwischen ein relativ dichtes Netz schaffen können. Damit sind die Chancen für ältere Menschen, einen Heimplatz zu bekommen, in Bayern besser als in den meisten anderen Bundesländern. In Bayern halten die verschiedenen Träger gegenwärtig fast 82000 Heim- und Pflegeplätze vor. Damit können knapp 5 Prozent der über 65jährigen betreut oder gepflegt werden. Die Erfahrung zeigt aber, daß diese Versorgungsquote noch nicht ausreicht. Wir sind mit diesem Heimbestand schon insofern nicht zufrieden, als darin auch Heime enthalten sind, die selbst bescheidenen Ansprüchen nicht mehr gerecht werden. Deshalb werden wir in den kommenden Jahren einige tausend Heimplätze vollständig ersetzen oder grundlegend umbauen müssen.

(Abg. Karl Heinz Müller: So ist es!)

Eine erhebliche Versorgungslücke müssen wir – und damit komme ich auf den eben gemachten Einwurf zurück – bei den Pflegeplätzen beklagen.

(Abg. Karl Heinz Müller: Seit Jahren!)

Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Anzahl der Hochbetagten ständig zunimmt und ausreichende Pflege in den Familien immer seltener gewährleistet ist. Um den Versorgungsgrad zu verbessern und veraltete Heime zu modernisieren, wollen wir im Jahr 1981 1400 und im Jahr 1982 1500 Heimplätze fördern. Die Einrichtung von Pflegeplätzen wird seit vielen Jahren leider durch die Richtlinien des Bundesbauministers behindert. Nach den einschlägigen Regelungen ist eine Förderung aus Bundesmitteln nur möglich, wenn höchstens 25 Prozent der Plätze eines Heimes Pflegeplätze sind.

(Abg. Karl Heinz Müller: Das ist doch sozialpolitisch richtig!)

– Herr Kollege, wenn ich in einem Heim ein Drittel der Plätze als Pflegeplätze habe, dann ist das doch eine recht gesunde Mischung, und darum geht es. Das bedeutet in der Praxis, daß ein Träger, der viele dringend notwendige Pflegeplätze baut, keine Förderung aus Bundesmitteln erhält, wenn er diesen 25-Prozent-Satz überschreitet. Bayern hat deshalb mit dem Dritten Bayerischen Landesplan eine besondere Förderung für die Ausstattung der Pflegeplätze von 4000 DM je Platz eingeführt. Gleichzeitig verlangen wir von allen Trägern, die Neubauten mit staatlicher Förderung bauen wollen, daß mindestens ein Drittel aller Plätze für Pflegebedürftige errichtet wird. Wir meinen, daß dies ein solides und ausgewogenes Verhältnis ist, ohne zu einer Monostruktur oder, wie Sie gesagt haben, zu einem Absterbeheim zu kommen.

Die Zahl der Pflegeplätze konnte aufgrund dieser Maßnahmen der Staatsregierung so in zwei Jahren um 1200 auf 17200 erhöht werden, obwohl die Gesamtzahl der Heimplätze im gleichen Zeitraum nur um rund 1000 Plätze gestiegen ist.

Allein für die Förderung der Heime sind im Haushalt in diesem Jahr rund 67 Millionen DM vorgesehen. Dieser Betrag überrascht vielleicht angesichts des vorhin geschilderten hohen Versorgungsgrades. Ich muß aber darauf hinweisen, daß allein die Erhaltung des Bestandes von 82000 Heimplätzen heute schon einen großen Teil dieser Mittel erfordert. Denken Sie nur etwa an jene in der Obhut der Kommunen stehenden alten oder uralten Stiftungsaltenheime!

Wie schon in der Vergangenheit werden wir in der Altenpolitik den Weg fortsetzen, die offenen Hilfen in besonders starkem Maße auszubauen. Das gilt für die sozialpflegerischen Dienste wie für ambulante Krankenpflege, die ambulante Altenpflege und die Haus- und Familienpflege ebenso wie für sonstige Dienste, etwa Mahlzeitendienste oder Altenbetriebsdienste. So ist z.B. die staatliche Förderung von Mahlzeitendiensten, Altenclubs und Altentagesstätten seit 1976 um über 100 Prozent auf rund 1,2 Millionen DM gestiegen.

(Abg. Karl Heinz Müller: Vorher gab es das halt nicht!)

Wir werden auch, wie schon in der Vergangenheit, neuen Formen der Altenhilfe gegenüber aufgeschlossen sein und sie, soweit es die Haushaltsmittel gestatten, in die Förderung mit einbeziehen. Wir denken z.B. an den Aufbau von Notrufsystemen für akut Gefährdete im häuslichen Bereich, an Tagespflegeheime oder an ergänzende Altenbetriebsmaßnahmen; eingedenk unseres schon immer verfolgten Grundsatzes, daß die humanste Altenpolitik für die allermeisten unserer älteren Mitbürger darin besteht, sie möglichst lange in der gewohnten Umgebung zu belassen.

(Beifall bei der CSU)

So werden wir auf der Grundlage des Landesaltenplans das abgestufte System von Hilfeleistungen, das jetzt schon von kleinen Handreichungen bis zur völligen Versorgung im Altenheim reicht, trotz knapper Mittel auch

(Staatsminister Dr. Pirkli)

künftig vervollständigen können. Die Hauptlast werden dabei auch in Zukunft die freien Träger zu leisten haben. Das entspricht dem Grundsatz der Subsidiarität. Für das bisher auf diesem Gebiet Geleistete darf ich den Trägern der freien Wohlfahrtspflege, den privaten Helfern und den Kommunen ganz aufrichtig danken. Wir werden im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel alles daransetzen, die Initiativekraft der freien Träger weiter zu stärken. Denn unsere älteren Mitbürger sollen auch künftig das Gefühl haben, zu uns zu gehören, und sie sollen das Gefühl haben, daß unsere Altenhilfeleistungen keine Almosen sind. Sie sollen das Gefühl haben, daß wir ihnen mit diesen Hilfen dafür danken, was sie während ihres Lebens für uns und die Allgemeinheit geleistet haben.

(Beifall bei der CSU)

Ich darf zu einem Schwerpunkt unserer Gesundheitspolitik, zur Tätigkeit der Gewerbeaufsicht, kommen.

Vielleicht haben Sie diese Ausführungen zu einem anderen Stichwort, nämlich zum Stichwort Arbeitsschutz erwartet. Aber ist nicht eigentlich der gesamte Arbeitsschutz Gesundheitsvor- und -fürsorge? Hinzu kommt, und darauf möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auch bei dieser Haushaltsrede lenken, daß der Arbeitsschutz heute weit über seine ursprüngliche Aufgabe hinausgewachsen ist, Arbeitsunfälle zu verhüten. Im Interesse der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber versteht sich die Gewerbeaufsicht heute als eine Einrichtung, die mitzuhelfen hat, den Arbeitsplatz selbst, die Arbeitsumgebung und die Arbeit so zu gestalten, daß schädliche Auswirkungen auf die Gesundheit möglichst vermieden oder zumindest minimiert werden.

Arbeitsschwerpunkte in diesem Bereich werden in den nächsten Jahren die Lärmabwehr in den Betrieben und die Sorge für eine ausreichende und der Arbeitsaufgabe angepaßte Beleuchtung sein.

Durch eine Reihe organisatorischer Maßnahmen haben wir die Voraussetzungen für eine fachlich spezialisierte und damit noch wirksamere Tätigkeit der staatlichen Arbeitsschutzbehörden geschaffen. So werden die bayerischen Gewerbeaufsichtsämter noch im Laufe dieses Jahres neu organisiert.

Außerdem soll im Haushalt 1981/82 der personelle Ausbau der Gewerbeaufsicht fortgeführt und der Personalstand trotz der angespannten Haushaltssituation um insgesamt 17 Beamte, das sind etwa drei Prozent, erhöht werden.

Sicher kann die Gewerbeaufsicht nicht täglich Erfolgsmeldungen ihrer Tätigkeit geben. Langfristige Trends im Rückgang der Unfallzahlen und der Zahl der Berufskrankheiten zeigen jedoch, daß wir auf dem richtigen Wege sind.

Die Gewerbeaufsicht wird auch weiterhin ihren Beitrag dazu leisten, daß die Kooperation mit den Betrieben noch besser wird. Dabei versteht sich die bayerische Gewerbeaufsicht nicht vorrangig als Eingriffs- oder Ordnungsbehörde, sondern gerade eben auch als beratende Einrichtung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf mich nach diesen Ausführungen zur Gewerbeaufsicht einem Fragenkreis zuwenden, der dieses Hohe Haus beinahe laufend beschäftigt, nämlich die Krankenhausversorgung.

(Abg. Karl Heinz Müller: Auch in Zukunft beschäftigen wird, Herr Staatsminister!)

– Das ist ein Dauerthema, Herr Kollege Müller, nicht nur in Bayern, sondern überall in der Bundesrepublik

(Zuruf: Und in Europa!)

– und, ich nehme Ihren Zwischenruf gerne an, in Europa und der ganzen Welt.

(Heiterkeit bei der CSU)

Lassen Sie mich dazu ein paar allgemeine Bemerkungen vorausschicken.

(Abg. Karl Heinz Müller: Sie werden doch jetzt wohl nicht in die Seidel-Stiftung groß einsteigen?)

– Die Seidel-Stiftung vermag auch ab und zu gute Erkenntnisse, wie es anderwärts aussieht, zu vermitteln.

Die Finanzierung, vielleicht sollte ich besser sagen: die Finanzierbarkeit des Krankenhauswesens, ist in allen Industrienationen in eine Krise geraten. Ich meine, daß es hierfür drei Hauptgründe gibt:

Erstens: Das Krankenhaus ist ein typischer Dienstleistungsbetrieb. Das bedeutet, daß die in unserer Zeit wie kaum je zuvor steigenden Personalkosten ganz besonders zu Buche schlagen.

Zweitens: Die medizinische Wissenschaft und die Medizintechnik haben in unserem Jahrhundert viel größere und schnellere Fortschritte gemacht als früher. Dadurch wurde das mögliche Leistungsspektrum des Krankenhauses in geradezu ungeahnter Weise ausgeweitet. Der Bürger erwartet nun, daß ihm die dadurch erreichbaren außerordentlich gesteigerten Heilungschancen auch uneingeschränkt geboten werden.

Drittens: Unser hoher materieller Lebensstandard hat auch den Anspruch auf Komfort verschiedenster Art gerade während eines Krankenhausaufenthaltes eminent wachsen lassen. Das leistungsfähige Krankenhaus soll dieses Angebot auch noch in größtmöglicher Nähe zum Wohnort zur Verfügung stellen. Das bedeutet einen hohen Mehrbedarf an Investitions- und Betriebsmitteln im modernen Krankenhaus. Hinzu kommt eine scheinbar unbegrenzte Fortschrittgläubigkeit, die beim Patienten die Bereitschaft und Fähigkeit, ein Leiden auch zu akzeptieren, ganz erheblich geschmälert hat. Hinzu kommt ferner, ich sage das ohne Vorwurf, ein Rückgang der früher schier grenzenlosen Bereitschaft des damals meist klösterlichen oder diakonischen Krankenhauspersonals zum Dienen.

(Zuruf von der SPD)

Wie so viele Bereiche unseres heutigen Lebens ist also auch das Krankenhaus von einem „Verlust der Mitte“ bedroht. Das gilt für die Erwartungen gegenüber dem Krankenhaus ebenso wie für die Leistungen des Krankenhauses. Die Lösung kann nur in einem ausgewogenen Kompromiß liegen.

(Staatsminister Dr. PirkI)

Nur durch einen solchen Kompromiß ist eine von der Aufgabenstellung her richtige und vom Finanziellen her auch realisierbare Krankenhausversorgung möglich. Das bedeutet, daß wir bei aller Gewissenhaftigkeit in der Gesetzeserfüllung weder einem lebensfremden Planungsfetischismus noch einem teuren Bauperfektionismus huldigen dürfen. Das Beste aus dem Möglichen machen heißt auch hier die Devise der Stunde.

(Abg. Karl Heinz Müller: Ein gutes Wort!)

Trotz dieser Spannungen und gegensätzlichen Interessen, in denen heute die stationäre Versorgung steht, ist es uns, meine ich, auch in den vergangenen Jahren gelungen, die Entfernungen zwischen Patient und Krankenhaus weiter zu verringern und gleichwohl die Qualität der Versorgung wiederum ein Stück zu verbessern. So haben wir allein bei der Fortschreibung des Krankenhausbedarfsplans 1980 und 1981 in 30 Fällen neue Fachrichtungen aufnehmen und in den meisten Häusern die medizinisch-technische Ausstattung zum Teil sogar wesentlich verbessern können.

Insgesamt haben wir – und diese Zahl muß man sich einmal vor Augen halten – von 1972–1980 rund 5 Milliarden DM für die Investitionsförderung der Krankenhäuser zur Verfügung stellen können, allein 1,5 Milliarden DM in den letzten beiden Jahren. Über die Hälfte dieser Mittel diente baulichen Maßnahmen, wovon 180 in den Jahreskrankenhausbauprogrammen 1975 bis 1980 im einzelnen aufgeführt sind. Übrigens – auch das soll man sich einmal vor Augen halten – liegt Bayern mit den Förderaufwendungen pro Kopf der Bevölkerung für Krankenhausbaumaßnahmen an der Spitze aller Flächenstaaten der Bundesrepublik. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich meine, eine Leistung, auf die Parlament und Staatsregierung, aber auch die Ressortminister stolz sein dürfen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD:
Schuld ist die überalterte Bausubstanz!)

– Herr Kollege, ich kann nur für das geradestehen, was wir jetzt tun, und nicht für das, was uns überkommen ist. Dies liegt natürlich erstens an einem überalterten Bettenbestand, zweitens an der besonderen Großräumigkeit unseres Flächenstaates, und drittens an unserem vorrangigen Ziel einer möglichst großen Patientennähe. Bei der Förderung haben wir aber in jedem Einzelfall sehr wohl abgewogen zwischen dem Wünschbaren und dem, was Patienten, Ärzte und Pflegekräfte heute billigerweise verlangen können. Niemand wird doch wohl behaupten wollen, wir hätten die großen Krankensäle nicht auflösen, Sanitäranlagen nicht im geschehenen Umfang verbessern oder Operationsräume nicht so modernisieren sollen. Ich bitte aber um Verständnis dafür – das möchte ich sehr nachdrücklich sagen –, daß wir nicht alles genehmigen konnten und können, was gefordert wurde und was gefordert wird.

(Abg. Karl Heinz Müller: Auf das Verständnis können Sie zählen!)

– Ja, Herr Kollege Müller, ich wäre für etwas mehr Verständnis manchmal sehr dankbar.

(Abg. Karl Heinz Müller: Das liegt nicht auf unserer Seite!)

– Da kann ich keine Ausnahmen machen.

Dem Auftrag des Bayerischen Krankenhausgesetzes entsprechend haben wir uns bei der Krankenhausplanung vor allem auch um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen allen Versorgungsstufen bemüht. Das Ergebnis ist ein Indiz für den Erfolg unserer Bemühungen: Von den Gesamtausgaben zwischen 1972–1980 entfällt auf die kleineren Häuser ein ebenso großer Betrag wie auf die größeren.

Auch das Jahreskrankenhausbauprogramm 1981 macht deutlich, daß wir und wie wir den bewährten Weg der Qualitätsverbesserung unserer bayerischen Krankenhaus-Landschaft weitergehen wollen.

Dieses Jahreskrankenhausbauprogramm belegt aber auch, mit welchen Schwierigkeiten die Krankenhausförderung in den nächsten Jahren fertig werden muß. Um das bedarfsnotwendige Bauvolumen für 1981 von rund 570 Millionen DM zu erbringen, mußte die Finanzierung der laufenden Maßnahmen um rund $\frac{1}{4}$ gestreckt werden. Keine einfache Sache für die davon Betroffenen, aber, wie wir meinen, im Rahmen der Solidarität all derer, die bauen oder bauen wollen, durchaus vertretbar.

(Abg. Karl Heinz Müller: Der Fluch der bösen Tat!)

Bisher ist es der Bayerischen Staatsregierung stets gelungen, den drastisch gesunkenen Bundesanteil durch überproportional hohe eigene Leistungen auszugleichen. Am Ende dieses Jahres aber werden die Reserven der Vergangenheit aufgezehrt sein. Jetzt tritt in aller Dramatik zutage, was es bedeutet, daß der finanzielle Beitrag des Bundes zum bayerischen Krankenhausbau seit 1976 kontinuierlich abgesunken ist. Von der ursprünglich programmatisch angekündigten vollen Drittelbeteiligung ist ein Bundesanteil von nur mehr 5 Prozent an den Ausgaben für den bayerischen Krankenhausbau übriggeblieben.

Angesichts dieser überaus negativen Erfahrungen kann ich nur dafür plädieren, die Zuständigkeit für die Krankenhausförderung wieder auf die Länder zurückzuübertragen.

(Beifall bei der CSU)

Welche Konsequenzen aus der Haushaltsentwicklung für den Krankenhausbau 1982 vor dem Hintergrund der gleichfalls von der Bundesregierung zu verantwortenden allgemeinen wirtschafts- und finanzpolitischen Schwierigkeiten im einzelnen zu ziehen sind, kann heute wohl niemand genau sagen. Eines aber ist gewiß: Die gegenwärtige Situation fordert von allen Beteiligten das volle Ausschöpfen von Einsparungsmöglichkeiten, wie es die Förderbehörden im Rahmen des Prüfungsverfahrens schon seit jeher verlangen.

Schon heute muß ich die betroffenen Krankenhausträger um Verständnis dafür bitten, daß sich manche Förderung in Zukunft verzögern wird, manche Pläne noch stärker als bisher reduziert werden müssen. Dies ist um so nötiger, als niemand ein Interesse daran haben kann, Einsparungen bei der Krankenhausförderung durch perfektionistische detaillierte Erlasse erzwingen zu wollen. Dabei bin ich sicher, daß auch hier der Kranken-

(Staatsminister Dr. Pirkl)

hausplanungs ausschub mithelfen wird, daß wir einen hoffentlich vorübergehenden Haushaltsengpaß mit dem reichen Sachverstand der verschiedenen Beteiligten ohne größere Reibungsverluste überwinden werden. Ich möchte bei dieser Gelegenheit diesem fachkundigen Gremium für seine konstruktive und effektive Arbeit in den vergangenen Jahren meinen Dank, den Dank der ganzen Bayerischen Staatsregierung, ja, ich bin sicher, den Dank aller Mitglieder auch dieses Hohen Hauses aussprechen. Auch wenn es künftig erheblich schwieriger werden wird, das Leistungsangebot in der stationären Versorgung erheblich zu verbessern, so halte ich doch an unserem Ziel fest, neben der allgemeinen Fortschreibung des Krankenhausbedarfsplans unsere spezifischen Schwerpunktprogramme weiterzuführen.

Lassen Sie mich noch ein Wort zu den laufenden Kosten der stationären Versorgung sagen. Auch sie sind ja in der letzten Zeit wiederholt Gegenstand teilweise lebhafter, aber auch unsachlicher Kritik gewesen. Wer der Meinung ist, bei den laufenden Kosten der Krankenhäuser seien ohne Leistungseinschränkung ohne weiteres große Einsparungen zu erzielen, der möge konkret sagen, wo. Mit einer undifferenzierten Einbeziehung in die Konzertierte Aktion ist es bestimmt nicht getan. Wer laufende Krankenhauskosten sparen will, wird sich in Bayern besonders schwer tun, denn unser Land hat nach wie vor die niedrigsten Krankenhauspflegesätze in der ganzen Bundesrepublik Deutschland.

Zusammen mit einer günstigen Verweildauer hat dies zur Folge, daß auch die durchschnittlichen Kosten des einzelnen Krankenhauses die niedrigsten im Bundesgebiet sind. Dafür darf ich auch an dieser Stelle den Krankenhausträgern und allen in den Krankenhäusern Beschäftigten meinen ganz besonderen Dank sagen.

(Abg. Karl Heinz Müller: Vor allem den letzteren!)

– Die habe ich ganz besonders angesprochen, Herr Kollege Müller. Von entscheidender Bedeutung für die notwendige Kostendämpfung im Krankenhauswesen ist selbstverständlich auch die Herausnahme nicht bedarfsnotwendiger Betten aus dem Bedarfsplan. –

(Abg. Dorsch: Da werden Sie nicht gefeiert!)

– Ja, Herr Kollege Dorsch, wenn ein Politiker nur das tun würde, wofür er gefeiert wird, dann hätte er sich als Lebensaufgabe etwas anderes stellen sollen.

(Abg. Dorsch: Bisher haben Sie es ja nicht getan!)

Hier sind wir im Interesse der Abgabebelastung und Steuerbelastung und Steuerbelastung unserer Bürger mit Nachdruck bestrebt, alle zumutbaren Reduzierungen durchzusetzen, wobei uns die jüngste Entwicklung der Rechtsprechung die Erfüllung dieser Aufgabe nicht eben erleichtert. Jedenfalls können wir die in dieser Beziehung bundesweit bestehenden großen Schwierigkeiten nicht allein für Bayern lösen. Wenn Sie die Bilanz haben wollen, darf ich Sie an die in diesen Tagen zum Ausdruck kommende Schriftliche Anfrage des Kollegen

Ewald Lechner nebst Beantwortung erinnern, wo wir die Bilanz der Leistungen in den zurückliegenden Jahren zusammengestellt haben.

Zu einem besonderen Schwerpunkt bayerischer Sozialpolitik haben wir in den letzten Jahren die Familienpolitik ausgestaltet. Ich werde auch in den nächsten Jahren alles in meinen Kräften Stehende tun, damit dieser Schwerpunkt erhalten bleibt.

(Beifall bei der CSU – Abg. Karl Heinz Müller:
Das müssen Sie immer besonders deutlich und laut sagen, weil es den Schwerpunkt nicht gibt, Herr Staatsminister!)

Denn ich bin der festen Überzeugung, daß auch wirtschaftlich schwierigere Zeiten, Zeiten einer angespannten Haushaltslage, kein Grund sind, dort einzusparen, wo es um die elementaren Grundlagen eines Volkes geht.

Eigentlich möchte man meinen, daß die Priorität für die Familienpolitik in unseren Tagen eine breitere Zustimmung finden müßte. Es ist doch in den letzten Jahren offenkundig geworden, welche Folgen eine Erosion der Familie hat, und es haben eigentlich die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte keinen Zweifel daran gelassen, welche immaterielle Bedeutung der Familie auch und gerade in den 80er Jahren zukommt.

Wie viele negative Erfahrungen sollen denn noch gemacht werden, bis die Einsicht wieder Fuß faßt, daß es eben keine Institution gibt, die gleich der Familie Selbstverwirklichung ermöglicht, Rückhalt und Schutz gewährt? Wie viele Verhaltensstörungen, Neurosen, wie viele Drogen- und Alkoholsüchtige muß es eigentlich noch geben, so müßte man fragen, bis die Einsicht wächst, daß wir in erster Linie wieder die Familie stärken müssen und die Heilkräfte der Familie nützen sollen?

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abg. Karl Heinz Müller)

Wie viele unbetreute Kinder, Behinderte und Alte sollen uns denn noch mahnen, die gesellschaftlichen Übel an der Wurzel anzupacken?

Gewiß sprechen diese Mißstände allein noch nicht dafür, daß die Familie tatsächlich in der Lage ist, sie zu beheben. Aber sehen wir uns doch wirklich intakte Familien an! Sie und die fehlenden Alternativen sind doch die besten Beweise dafür, daß wir dieser Jahrtausende alten Institution mehr zutrauen dürfen, als heute gemeinhin geschieht.

(Abg. Karl Heinz Müller: Ja, ja!)

Wenn der Sozialpolitiker heute um die Priorität der Familienpolitik ringen muß, dann aber nicht nur wegen der unvergleichlichen Bedeutung dieser Institution für das Individuum. Der Sozialpolitiker würde seiner Aufgabe nicht gerecht, würde er nicht darauf hinweisen, daß eine kranke oder überforderte Familie nicht nur zu sozialen Schäden größten Ausmaßes führt, sondern daß eine gesicherte Zukunft für uns alle auf dem Spiel steht.

Denken wir an die Gefährdung des Generationsvertrages in der Rentenversiche-

(Staatsminister Dr. Pirkel)

run g oder an die Konsequenzen, die eine Vergrößerung einer Gesellschaft zur Folge haben kann.

(Abg. Karl Heinz Müller: „Die Bayern sterben aus“, Herr Staatsminister! Das wenigstens sagen Sie heute nicht mehr!)

– Herr Kollege, wir werden dazu auch das unsrige tun, was wir von der Politik her in Bayern dazu beitragen können, daß unsere Bevölkerungspyramide jene Gestalt wiedergewinnt, die notwendig ist, daß auch in Bayern der Generationenvertrag zwischen Jungen und Alten einhaltbar ist. Durch die Beeinträchtigung unserer Bevölkerungspyramide ist hier wirklich manches schwer in Frage gestellt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In den 80er Jahren heißt das: Soziale, finanzielle, rechtliche und pädagogische Defizite der Familie mildern und abbauen.

Der Familie helfen heißt umdenken. Es heißt aber auch, rasch und entschieden handeln. Gewiß werden wir nicht mit ein paar Milliarden Mark von heute auf morgen glückliche Familien schaffen. Aber wir schaffen auch mit finanziellen Anstrengungen unverzichtbare Voraussetzungen für gesunde Familien.

Wir dürfen es einfach nicht hinnehmen, daß – lassen Sie eine solche Zahl nicht einfach an sich vorbeigehen – z. B. in München zwei Drittel aller Haushalte mit drei Kindern einkommensschwach im Sinne des Wohngeldgesetzes sind.

(Abg. Karl Heinz Müller: Weil die Mieten so hoch sind! Was tun Sie gegen die Wohnungsspekulation, Herr Staatsminister?)

– Herr Kollege Müller, ich spreche von der Situation der Familie. Wir können uns natürlich auch unterhalten im Gesamtzusammenhang, wie diese finanzielle Situation der Familie zustande kommt. Da ist in erster Linie aber auch darauf hinzuweisen, daß die Familienlastenausgleichsregelung des Bundes kein echter Familienlastenausgleich mehr ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es darf auch nicht so bleiben, daß ein Fünftel der Ehepaare mit Kindern und nur einem Einkommensbezieher unter der Sozialhilfeschwelle liegt.

Und wir dürfen uns nicht damit abfinden, daß Kindererziehung Verzicht auf soziale Sicherung für die Frauen bedeutet.

Landessozialpolitik hat hier nur einen begrenzten Zuständigkeits- und Handlungsspielraum. Diesen Spielraum haben Staatsregierung und CSU-Fraktion bis zur letzten Mark ausgenutzt.

(Zustimmung bei der CSU)

Unser Familienprogramm war 1974 mit 8,3 Millionen DM und wird im Doppelhaushalt 1981/82 mit 115,7 Millionen DM im Jahr 1981 und mit 140,9 Millionen DM im Jahr 1982 ausgestattet sein. Damit steigen die Ausgaben des Familienprogramms gegenüber 1979/80 um 70 Prozent.

Unser Programm „Darlehen junge Familie“ ist mit derzeit 180 000 ausgereichten Darlehen zum besten Programm seiner Art im Bundesgebiet geworden.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind stolz, dieses Programm geschaffen zu haben und halten deshalb unverrückbar daran fest.

(Abg. Karl Heinz Müller: Hoffentlich können Sie es auch finanzieren!)

Gleichzeitig hat auch die Bedeutung anderer familienpolitischer Landesleistungen erheblich zugenommen. In den nächsten Jahren werden wir unsere verstärkten Bemühungen um mehr Familien- und Kinderfreundlichkeit insbesondere mit einem Programm „Familientreffen am Wochenende“ fortsetzen.

Auch wenn wir in Bayern noch so große Anstrengungen zur Verbesserung der Lage der Familie machen, werden wir die Versäumnisse aus Bonn nicht ausgleichen können. Es droht offenbar noch schlimmer zu kommen. Anstatt den Familienlastenausgleich zu verbessern, plant die Bundesregierung, so entnehmen wir Zeitungsberichten, das Kindergeld auf breiter Front zu kürzen.

(Zuruf des Abg. Karl Heinz Müller)

Das wäre absolut unverantwortlich.

(Zuruf der Frau Abg. Pausch-Gruber)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Kindergeld ist kein Arme-Leute-Geld, es ist kein Almosen, es ist in seiner bisherigen Form lediglich, wie ich vorhin schon gesagt habe, ein unzureichender Ausgleich für die Übernahme besonderer Lasten. Und wenn wir aus Bonn – aus verschiedensten Quellen – hören, daß hier Gefahr im Verzug ist, dann erheben wir sehr rasch und sehr deutlich unser mahnendes Wort, auch hier in diesem Hohen Hause.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Wir reden nicht erst dann, wenn es schon zu spät ist, wir mahnen nach Bonn hin schon jetzt: Vom Kindergeld, meine sehr verehrten Damen und Herren, soll man die Hände weglassen!

(Beifall bei der CSU)

Meine Kollegen von der Opposition, tun Sie das Ihre dazu, daß wir diese Befürchtungen nicht zu haben brauchen.

(Abg. Karl Heinz Müller: Zugesichert!)

Wir sind Ihnen aufrichtig dankbar dafür.

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses – damit komme ich zu einem anderen Kapitel – steht in diesem Jahr eine Gruppe unserer Gesellschaft, die ganz besonders auf unsere Solidarität angewiesen ist. Ich meine die fast 700 000 behinderten Mitbürger. In einer ersten Halbeitzbilanz des Internationalen Jahres der Behinderten kann ich heute mit gutem Gewissen feststellen, daß wir mit unserer Behindertenpolitik seit langem den richtigen Weg eingeschlagen haben. Das hat sich in vielen Veranstaltungen der letzten Monate gezeigt.

(Staatsminister Dr. Pirkle)

Mit insgesamt etwa 330 Millionen DM im Jahre 1981 ist der Haushaltsansatz für Rehabilitation und Behindertenhilfe der größte Einzelposten meines Hauses. Die Vielzahl der einzelnen Zweckbestimmungen im Einzelplan 10 dokumentiert die Vielschichtigkeit und Differenziertheit der Behindertenarbeit.

Mit unserem – auch außerhalb Bayerns anerkannten – Behindertenplan haben wir uns in den letzten Jahren vor allem der Errichtung und Modernisierung von Behinderteneinrichtungen gewidmet und eine in Anbetracht der Knappheit der Mittel wohl vorbildliche Infrastruktur für Rehabilitation und Behindertenarbeit schaffen können.

So konnte in Bayern zum Beispiel der Bedarf an Frühförderstellen, Berufsbildungswerken, Berufsförderungswerken und Werkstätten für Behinderte bereits weitgehend gedeckt werden.

(Abg. Müller Karl Heinz: Mit Hilfe des Bundes!)

Unseren behinderten Mitbürgern stehen heute etwa 1000 Spezialeinrichtungen verschiedenster Art für eine umfassende Rehabilitation von annähernd 100000 Behinderten zur Verfügung.

Aus vielen öffentlichen Veranstaltungen mit Behinderten, aber auch einer großen Zahl privater Gespräche weiß ich, daß unsere Behindertenpolitik insgesamt positiv beurteilt wird.

Gleichwohl gibt es zu Einzelpunkten konstruktive Kritik und eine Reihe von Anregungen. Soweit es uns die finanziellen Mittel und die organisatorischen Möglichkeiten erlauben, werden wir allen vernünftigen Vorschlägen entsprechen. Denn die Behindertenpolitik besitzt, wie auch der Herr Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung vom 3. Dezember 1980 betont hat, für die Bayerische Staatsregierung mit und ohne Jahr der Behinderten einen ganz besonders hohen Stellenwert.

Stillstand würde also in der Behindertenpolitik trotz geringerer Finanzspielräume Rückschritt bedeuten. Deshalb arbeiten wir seit einiger Zeit an einem Zweiten Bayerischen Landesplan für Behinderte. Er soll nicht nur Rechenschaft über die bisherige Entwicklung geben und diese fortschreiben; wir möchten mit ihm die Grundlagen für ein fachlich fundiertes Programm der achtziger Jahre schaffen.

Auch eine noch so gut gemeinte und ausgabefreudige Behindertenpolitik muß aber Stückwerk bleiben, wenn nicht jeder Mitbürger als Nachbar, als Straßenpassant, als Verwaltungsbeamter, als Urlauber, als Arbeitgeber, als Arbeitskollege seinem behinderten Mitbürger das Gefühl gibt, akzeptiert zu sein.

Wenn zu Beginn des Behindertenjahres die Befürchtung geäußert wurde, die Bevölkerung könnte der Behindertenprobleme etwa überdrüssig werden, so hat sich dies – Gott sei Dank! – nicht bestätigt. Ich habe selbst bei vielen Behindertenveranstaltungen den guten Willen der Bevölkerung und der Behinderten selbst erlebt, habe erlebt, wie viele Nicht-Behinderte eine zunächst vorhandene Scheu und Unbeholfenheit gegenüber Behinderten abgelegt haben, habe erlebt, wie engagiert sich die Medien der Behindertenfragen angenommen haben.

Dafür darf ich allen diesen Angesprochenen danken. Besonders danken darf ich aber dem Sozialpolitischen Ausschuß und dem Hohen Haus für die außergewöhnliche Bereitschaft und den großen Ernst, Behindertenfragen zu erörtern und zu lösen. Man kann wohl ohne Übertreibung sagen: Bayern ist ein besonders behindertenfreundliches Land.

(Beifall bei der CSU)

Um die gleiche Aufgeschlossenheit darf ich auch für die nächsten Jahre bitten, selbst wenn der Sparstift stärker als bisher regieren wird. Dabei darf ich um Verständnis für diejenigen Behinderten bitten, die ihr Schicksal besonders schwer ertragen, die bei ihren Forderungen nicht die gebotene Zurückhaltung zu wahren vermögen. Diese Behinderten dürfen wir nicht zum Anlaß für das Urteil nehmen, die Behinderten würden nicht anerkennen, welche Bemühungen unternommen wurden, ihnen ihr Schicksal zu erleichtern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vorausschauende Sozialpolitik und Gesundheitspolitik – damit darf ich zu einem weiteren Kapitel kommen – müssen sich naturgemäß immer auch gerade der Probleme der jungen Generation annehmen. Mit der Situation der Kinder und Jugendlichen in unserem Lande beschäftigt sich dieses Hohe Haus erfreulicherweise ja laufend.

Die Bayerische Staatsregierung besitzt ein nach wie vor aktuelles Jugendprogramm, dessen Inhalt bundesweite Beachtung gefunden hat.

Im Juli 1980 habe ich federführend für die Staatsregierung anläßlich einer Interpellation der CSU-Fraktion zur Situation und zu den Zukunftschancen der Jugend Stellung genommen. Die in dieser Antwort gegebene Analyse zur Situation der Jugend halte ich in ihren Grundaussagen aufrecht; ich brauche sie hier nicht zu wiederholen.

Lassen Sie mich aber eine Bemerkung machen zu der Frage: Wie können wir dieser Jugend helfen? Sicher nicht dadurch, daß wir mehr über sie reden, schon eher indem wir mit ihr reden, aber noch besser wohl, wenn wir unsere eigenen Aufgaben so erfüllen, daß sich die Jugend daran ein Beispiel nehmen kann.

Der Jugend ist durch Staat und Gesellschaft in den letzten 30 Jahren mehr an Verbesserung der äußeren Startchancen geboten worden als allen Generationen in Deutschland zuvor. Dennoch ist unverkennbar, daß der Mut zur Zukunft nicht in gleichem Maße gestiegen ist. Das in dieser Gesellschaft weit verbreitete vor allem auf materielle Sicherheit ausgerichtete Denken ist auch an der Jugend nicht spurlos vorübergegangen. Bereits bei Beginn des Berufslebens eine gesicherte Lebensstellung zu erwarten und Perspektiven für eine gesicherte Altersversorgung in sein Denken einzubeziehen, ist eine bei der heutigen Jugend weit verbreitete Einstellung, wie sie wohl früheren Generationen in diesem Maße fremder war.

Dazu kommt manchmal eine Erwartungshaltung gegenüber dem Staat und seinen Institutionen, während eigene Phantasie und freiwillige Leistungsbereitschaft zu stark in den Hintergrund treten. Anstelle narzißtischen Selbstmitleids möchte man sich manchmal mehr Ver-

(Staatsminister Dr. Pirkl)

trauen in die eigene Leistungsfähigkeit, mehr Mut zu einer selbst gestalteten Zukunft erwarten.

Die Probleme der Jugend sind weitgehend die allgemeinen Probleme der Gesellschaft. Sie können deshalb auch nur im Zuge der Lösung dieser Probleme befriedigend angegangen werden. Die Jugendhilfe bleibt in diesem Zusammenhang sicher ein bescheidenes, aber doch wichtiges Instrumentarium.

Dennoch konnten wir mit dem Jugendprogramm der Staatsregierung auch in der Jugendhilfe in Bayern entscheidende Verbesserungen erzielen. So sind vor allem die ambulanten Maßnahmen stark ausgebaut worden. Durch die staatliche Beteiligung an der Finanzierung der Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen konnte inzwischen ein flächendeckendes Netz mit 170 Einrichtungen in Bayern geschaffen werden. Die staatliche Förderung von 28 Drogen- und Suchtberatungsstellen hat inzwischen bewirkt, daß mit wenigen Ausnahmen jedes psychiatrische Versorgungsgebiet mit einer Beratungs- und Behandlungsstelle versehen ist.

Darüber hinaus konnte durch die staatliche Förderung der Beratungsstellen insgesamt eine beträchtliche fachliche Qualifizierung der Arbeit mit Drogenabhängigen erreicht werden.

Durch den Ausbau der offenen Hilfen versuchen wir, den Jugendlichen eine möglichst familiengerechte Hilfe zuteil werden zu lassen. Ziel der Jugendhilfe muß es in den nächsten Jahren überhaupt sein, den Jugendlichen stärker in seinem sozialen Beziehungsgeflecht zu sehen und mit der Hilfe dort anzusetzen, von wo die Störung ausgeht. An einer vermehrten Eltern- und Familienarbeit ist uns deshalb in allen Bereichen der Jugendhilfe sehr gelegen.

Wenn ich zu diesen Leistungen für Jugendhilfe noch die anderen Bemühungen meines Ressorts, etwa im Bereich des Jugendarbeitsschutzes, der Jugendgesundheitspflege, des Bayerischen Jugendwerks, der Fürsorge für behinderte Jugendliche und im Ausbildungsbereich dazunehme, dann kann man mit Fug und Recht sagen, daß auch für die Jugend ein soziales Netz gespannt ist, das sie dazu ermuntern sollte, auf ihre eigene Tatkraft bauend voller Zuversicht in die eigene Zukunft zu sehen.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich noch ein Kapitel ansprechen. Ein wesentlicher Teil der Verantwortung meines Hauses gilt unverändert den Heimatvertriebenen und Flüchtlingen in unserem Lande. Immerhin stammt rund ein Viertel der deutschen Bevölkerung Bayerns aus den Vertreibungsgebieten oder aus Mitteldeutschland. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Daß diese Zahl jeden Tag steigt, mußte ich z. B. gestern nachmittag auf eine doch recht dramatische Weise erleben, als ich unsere Durchgangsstelle für Spätaussiedler in Nürnberg, die auf einen Durchzug von monatlich etwa 800 Personen ausgerichtet ist, besuchte und dabei feststellen mußte, daß wir in diesem Monat Juli wahrscheinlich

mit nahezu 2000 Spätaussiedlern allein über Nürnberg rechnen müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir mußten die Stadt Nürnberg bitten, uns zwei Turnhallen zur Verfügung zu stellen, um für die erste und zweite Nacht diese über Nürnberg hereinkommenden Spätaussiedler provisorisch unterbringen zu können – und dies 36 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg! Sie sehen also, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß der Bereich der Sorge für unsere Heimatvertriebenen und unsere Flüchtlinge keine vergangene Sorge ist, sondern eine bleibende und aktuelle Sorge auch heute im Jahre 1981 immer noch ist und für die nächsten Jahre auch bleiben wird.

Die Vertriebenen und Flüchtlinge haben – auch das muß man immer wieder sagen – nicht nur in hervorragender Weise am Aufbau unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats mitgewirkt, sondern sich stets zu einer aktiven Politik des Gewaltverzichts, der Aussöhnung und der europäischen Zusammenarbeit bekannt. Mit ihren Organisationen und Einrichtungen leisten sie darüber hinaus im geistig-kulturellen Bereich einen entscheidenden Beitrag zur Aufrechterhaltung des Bewußtseins der Einheit unseres Volkes. Auch dafür gebührt unseren Heimatvertriebenen wirklich der Dank von uns allen.

(Beifall bei der CSU)

Aus dieser Sicht erhält die staatliche Aufgabe der Förderung der ostdeutschen Kulturarbeit ihr besonderes Gewicht, das um so schwerer wiegt, je spürbarer der Rückgang der Generation wird, die ostdeutsche Kulturlandschaften als ihre Heimat noch unmittelbar erlebt und gestaltet hat.

Bei der Aufgabenvielfalt meines Ressorts, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann ich bei einer schwerpunktmäßigen Darstellung der Themen in meiner Haushaltsrede selbstverständlich nicht über alle erledigten Probleme und über alle weiteren Vorhaben sprechen. Ich kann deshalb leider auch nicht alle an der Sozial- und Gesundheitspolitik interessierten Gruppen und Organisationen erwähnen. Wenn ich hier z. B. nicht näher auf die Heimarbeit, die Entwicklung des Tarifgeschehens, Fragen des Lastenausgleichs und aktuelle Probleme der Kriegsoffer sowie auf Fragen der Sozial- und Arbeitsgerichtsbarkeit eingehen kann, so bedeutet dies nicht im geringsten, daß es für mich Angelegenheiten von sekundärem Interesse wären.

Wie sehr mir gerade die Sorge um das soziale Entschädigungsrecht insgesamt und für unsere Kriegsoffer ein Anliegen ist, habe ich erst vorgestern bei einer großen Kundgebung in Kelheim darlegen können. Ich darf mich auf diese außerhalb dieses Hohen Hauses gemachten Äußerungen zu den einzelnen Bereichen meines Ressorts beziehen. Diese von mir genannten Themen, wie schließlich besonders auch Frauenfragen oder das Problem eines ausreichenden Angebots an Ausbildungsstellen für Jugendliche, sind für uns gleichermaßen bedeutsam.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Die Haushaltsrede ist für mich willkommener Anlaß, allen Organisationen im sozialen Bereich ganz herzlich für ihr unersetzliches sozialpolitisches Engagement zu danken. Mein Dank gilt den

(Staatsminister Dr. PirkI)

Gewerkschaften, den Arbeitgebervereinigungen, den Wohlfahrtsverbänden, den Kriegsoferorganisationen, den Landsmannschaften und den Jugendorganisationen, um nur einige zu nennen.

Mein Dank für die Unterstützung und fruchtbare Zusammenarbeit gilt auch den Trägern der Sozialversicherung und ihren Selbstverwaltungsorganen, der Bayerischen Krankenhausgesellschaft, den kommunalen, freigemeinnützigen und privaten Krankenhausträgern, der Landesärztekammer und der Landeszahnärztekammer und der Kassenärztlichen und Kassenzahnärztlichen Vereinigung sowie allen anderen mit meinem Haus verbundenen Organisationen und Persönlichkeiten.

Mein Dank gilt vor allem aber dem Hohen Haus, Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, für stets erwiesenes sozialpolitisches Verständnis, hier und heute natürlich insbesondere den Ausschüssen für Sozialpolitik und für den Staatshaushalt, deren engagierten Vorsitzenden und den der Mühe waltenden Berichterstattern. Ich bitte Sie alle, mein Haus auch in den kommenden Jahren, die uns vor sehr schwierige Probleme stellen werden, weiterhin mit konstruktiven Vorschlägen und sachkundigem Rat zu unterstützen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe, lassen Sie mich diese wenigen Schlußbemerkungen mit ganz besonderem Nachdruck sagen, diese Haushaltsrede unter das Motto gestellt: „Soziale Sicherheit in schwieriger Zeit“. Mit den im Haushaltsentwurf vorgesehenen Mitteln können wir auch in den Jahren 1981 und 1982 die soziale Sicherheit in Bayern bewahren und, wo nötig, auch verbessern. Ich meine aber, gerade mit einem Haushalt dieses Zuschnitts können wir auch die Weichen für mehr soziale Zufriedenheit in einer Zeit erhöhten sozialen Risikos stellen.

Jedes Risiko birgt ja auch eine Chance. Nutzen wir die Chance, uns davon zu überzeugen, daß eine gute Sozialpolitik nicht nur darin bestehen darf, immer höhere und neue Leistungen zu gewähren. Nutzen wir die Chance, unseren Bürgern wieder mehr Vertrauen zu geben, daß sie viele ihrer Probleme selbst lösen können.

(Beifall bei der CSU)

Nutzen wir die Chance, meine Damen und Herren, noch besser und vor allem menschlicher dort zu helfen, wo die Selbsthilfe zu erlahmen droht. Dann werden die Schwächeren noch mehr erfahren, daß sie nicht vergessen sind, und es werden die redlichen Arbeitnehmer an ihren Lohntüten merken, daß sich der Sozialstaat von niemandem als Selbstbedienungsladen mißbrauchen läßt. Dann wird deutlich werden, daß es zu einer freiheitlichen Sozialpolitik keine Alternative gibt.

Dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist meine Bitte an alle Mitbürger und alle sozialen Gruppen. Diese Mithilfe erbitte ich aber vor allem von diesem Hohen Hause, von Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Meine Damen und Herren! Die Aussprache über den Einzelplan 10 erfolgt morgen im Anschluß an die Fragestunde.

Wir sind damit am Schluß der heutigen Sitzung. Fortsetzung morgen früh 9.00 Uhr. Ich darf noch darauf hinweisen, daß die Fraktionssitzung der CSU jetzt unmittelbar stattfindet.

Ich schließe damit die Sitzung.

(Schluß der Sitzung: 18 Uhr 10 Minuten)

01 503756

S. 6484